

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum folgenden Tages und ist durch die Expedition, Große Alsterstraße 35/37, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich **Mk. 1,60**. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4069 a. 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die vierspaltige Petitzeile oder deren Raum 15 Pfennige, für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfennige, auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Morgens in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 145.

Dienstag, den 25. Juni 1895.

2. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Für das III. Quartal

abonniert man den „Lübecker Volksbote“ bei allen Postämtern zum Preise von **Mk. 1,60** pro Vierteljahr ohne Zustellungsgebühr. In Lübeck nehmen alle unsere Zeitungsaussträgerinnen Bestellungen entgegen.

Was der „Lübecker Volksbote“ will, was er erstrebt und zu leisten bemüht ist, wissen unsere Leser.

Wir zweifeln keinen Augenblick, daß unsere Freunde und Genossen überall mit frischer Thatsache für die weitere Ausdehnung unseres Leserkreises sorgen werden.

Wir bleiben bemüht, außer der möglichen vielseitigen Gestaltung des politischen und lokalen Inhaltes dem Unterhaltungsbedürfnisse durch den geeigneten Inhalt des Feuilletons zu genügen. Nach Beendigung von Maupassants „Bel-Ami“, einem der besten Romane des letzten Jahrzehnts, dürfte Mag Krejbers hochinteressante Erzählung:

„Die Geheimnisse des Lichthofes“,

zum Abdruck gelangen. Wir geben uns der Hoffnung hin, daß dieser Roman des rühmlichst bekannten Berliner Schriftstellers, unseren Lesern ebenso sehr gefallen wird, wie seiner Zeit „Meister Timpe“. Des Weiteren werden wir in der Beilage eine Artikelserie über „Kindererziehung“ veröffentlichen. Die Artikel haben einen früheren Lehrer zum Verfasser und werden das Interesse unserer Leser, besonders aber unserer Leserinnen regen Anspruch nehmen.

Sodann werden wir als Beitrag zur Geschichte der Partei eine Reihe von Artikeln veröffentlichen, welche sich mit der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung im Lübeckischen Freistaat und Umgebung beschäftigen. Die Artikel dürften namentlich unseren jungen, sowie auch fremden Parteigenossen willkommen sein. In den Artikeln wird geschildert, wie die Lübecker Parteiorganisation aus kleinen Anfängen erwuchs.

Zahlreichen Neu-Abonnements sieht entgegen.

Redaktion und Verlag des Lübecker Volksboten.

Klassenstaat und Eisenbahnreform.

H. E. Im Eisenbahnwesen gehen wir im Deutschen Reich verschiedenlich den Krebsgang. Die Neuerungen, die bei unseren Einnahmen eingeführt werden, sind weit öfter hinderlich als förderlich für den Verkehr. Man kann zwar kaum annehmen, daß in der Eisenbahnverwaltung die maßgebenden Personen lauter Agrarier sind, aber man könnte fast glauben, der agrarische Geist beherrsche diese Regionen. Die Agrarier werden zwar die Eisenbahnen auch nicht entbehren wollen, denn der erleichterte Verkehr leistet auch den Getreidespekulationen Vorschub, aber die Eisenbahn giebt auch dem ostpreussischen Tagelöhner Gelegenheit, „Sachengänger“ zu werden und den ausbeutenden Junkern zu entfliehen. Die Agrarier sind darum wohl Anhänger niedriger Gütertarife. In der Eisenbahnverwaltung scheint man sich entschlossen zu haben, den Verkehr lieber zu vertheuern, als zu verbilligen. Während in Süddeutschland mit Mühe die zehntägige Gültigkeit der Retourbillets erreicht worden ist, hat man in Preußen die bekannten Platzkarten eingeführt.

Im großen Publikum ist man einstimmig der Meinung, daß die Fahrpreise in Deutschland zu hoch sind. Und zwar sehr viel zu hoch. Wenn eine Eisenbahnreform bei uns in Angriff genommen werden soll, so müssen in erster Linie die Personenttarife erniedrigt werden. Wenn man die Frage aufwirft, warum denn namentlich in Preußen jeder populären Eisenbahn- resp. Tarifreform ein so hartnäckiger Widerstand entgegengesetzt wird, so kann man eine Erklärung dafür zunächst nur darin finden, daß es eine Eigenthümlichkeit des preussischen Bureaokratismus ist, sich dem am längsten zu widersetzen, was die öffentliche Meinung am Nachdrücklichsten verlangt.

Daß durch eine Herabsetzung der Personenttarife der Einbuße erliden werde, ist absolut nicht zu befürchten; im Gegentheil könnte der Fiskus nur dabei profitieren. Allerdings stehen in einem volkswirtschaftlich gesunden Gemeinwesen des Fiskus nicht in erster Linie; in einem

solchen müssen die Eisenbahnen eben in erster Linie den Interessen des Verkehrs selber dienen. Bei uns im Militärstaat preßt aber der Fiskus aus allen Staatsunternehmungen und Betrieben heraus, so viel er kann. Das ist die Hauptsache; alles Andere kommt erst in zweiter Linie.

Wenn noch kein praktischer Versuch mit der Verbilligung der Personenttarife gemacht worden wäre, so ließe sich der Widerstand Preußens allenfalls begreifen. Aber Oesterreich-Ungarn hat es doch mit dem Zonen-tarif probirt. Oesterreich ist gewiß kein Musterstaat und der Fiskus ist dort hinter jedem Gulden her wie der Teufel hinter jeder armen Seele. Aber mit dem Zonentarif ist es den Oesterreichern gelungen. In sechs Jahren, 1888 bis 1893 inklusive, ist der Personenverkehr in Folge des Zonentarifs geradezu eminent gestiegen. Während 1888 noch 9 Millionen Personen im Jahre befördert wurden, waren es 1893 schon 31 1/2 Millionen, also eine Zunahme von fast 250 pSt. Die Einnahme stieg um 50 pSt.

Der österreichische Zonentarif ist kein mustergültiger und ist so eingerichtet, daß er auch seine Schattenseiten hat, aber das oben angegebene Resultat schlägt doch alle Einwände nieder. Der Fiskus hat sich absolut nicht zu beklagen. Und wie billig reist man dabei in Oesterreich. Wir wollen einmal einen Vergleich anstellen:

Man fährt von Berlin vom Lehrter Bahnhof über Spandau und Hagenow nach Hamburg in der dritten Klasse für **Mk. 11,50** an den Berliner Bahnhof. Es ist dies eine Strecke von 286 Kilometern.

Nehmen wir eine Strecke von gleichfalls 286 Kilometern aus einer österreichischen Bahnlinie, wo der Zonentarif eingeführt ist.

Auf der Linie Wien-Innsbruck sind es von der Station Amstetten bis zur Station Leogang auch gerade 286 Kilometer. Der Preis dafür beträgt nach dem Zonentarif **Mk. 6**. Das ist ein gewaltiger Unterschied.

Lassen wir es bei diesem Beispiel bewenden! Der Zonentarif allein genügt nicht zu einer populären und zeitgemäßen Eisenbahnreform; es müßte auch das Kilometerbillet dahin reformirt werden, daß der Reisende sich Fahrmarken kaufen könnte, ähnlich wie die Briefmarken, die er in einem Jahrbuch aufzukleben hätte und die von dem Schaffner abzustempeln wären. Damit wäre der ganze ungeheure Apparat, der heute die Aus-händigung der Fahrkarten vermittelt, zum größten Theil beseitigt und die Bequemlichkeit für das Publikum wesentlich gesteigert, während heute der Umtrieb an den Kassen nothwendigerweise geradezu widerwärtig sich gestalten muß, wenn der Verkehr unerwarteter Weise sich nur einigermaßen steigert.

Alle diese Vortheile einer Eisenbahnreform muß der fachmännisch gebildete Eisenbahn-Techniker noch weit mehr zu würdigen wissen, als der „Laie“. Aber in der Eisenbahnverwaltung spielt unserer Meinung nach das juristische Element eine zu große Rolle, und dieses stellt, wo es von Einfluß ist, fast immer eine reaktionäre Strömung dar. Man begreift auch nach und nach in den höheren Regionen, daß in der Ausdehnung des Verkehrs eine revolutionäre Kraft steckt, welche weit intensiver wirkt, als Wort und Schrift, und welche eifrig und unablässig daran arbeitet, die alten Schranken hinweg zu räumen, welche die Klassenherrschaft gegenüber dem Fortschritt der Gesamtheit überall aufgerichtet hat. Ganz instinktiv wird die Verkehrs-Entwicklung von der Geiligkeit gehaft. In Tirol z. B., wo der Zonentarif den Verkehr so sehr gesteigert hat, daß nach und nach auch in die entlegenen Thäler der moderne Geist seinen Einzug hält, wissen die ultramontanen Blätter gar nicht genug über das „Fremdenwesen“ zu räsonniren, und wo man den Bauer noch für beschränkt genug hält, sagt ihm gelegentlich der Herr Kaplan auch einmal, daß die Eisenbahn eigentlich ein „Teufelswerk“ sei. Die Ultramontanen im Deutschen Reich werden wohl vorsichtiger sein und werden sich nicht bei solchen Späßchen ertappen lassen; aber sie werden den konservativen und agrarischen Elementen durchaus eifrig Beistand leisten, wenn es gilt, eine Eisenbahnreform in dem von uns angedeuteten Sinne zu hemmen. Allerdings wird auch die Regierung in Preußen, die bereit ist, eine solche Reform in Angriff zu nehmen; wahrscheinlich noch ziemlich lange auf sich warten lassen.

*) Diese Einrichtung besteht nur auf einer Sekundärbahn in Baiern, bewährt sich aber durchaus.

Man erkennt grade aus diesen Thatsachen ganz besonders deutlich, daß der moderne Klassenstaat nicht mehr im Stande ist, große Kulturaufgaben im Sinne der Gesamtheit zu erfüllen. Er ist gelähmt von Sonderinteressen, die sich überall kreuzen. Der Alte in Friedrichsruh hat in seiner jüngsten Sonntagsplauderei an die Agrarier es als einen Gewinn bezeichnen zu sollen geglaubt, daß die „politischen Haarspaltereien“ in Deutschland in den Hintergrund getreten und die „materiellen Interessen“ maßgebend geworden seien. Damit hat er doch eigentlich zugegeben, daß die herrschenden Klassen allen Idealismus verloren und sich dem öden Mammonsinteresse ausschließlich zugewendet haben. Wenn es so ist, was bedeutet dann der Klassenstaat? Er muß die Interessen derjenigen Schichte am meisten fördern, welche ihn beherrscht, und zwar auf Kosten der anderen. Man braucht nur zuzusehen, wohin die Agrarier den Klassenstaat zu treiben verstehen, und man wird leicht begreifen, was Bismarck gemeint hat.

Indessen ist der Verkehr selber der große Revolutionär unserer Zeit, mächtiger als alle die künstlichen Schranken, die er auf dem Wege seiner Entwicklung vorfindet. Er wird sie überfluthen oder durchbrechen und die allgemeine Neugestaltung der Produktionsverhältnisse damit anbahnen.

Dies zu verhindern, ist keine Macht der Erde im Stande.

Die Konversion der Staatsanleihen.

Mit Zähnen und Nägeln, so lesen wir in der „Leipziger Volkszeitung“ wehren sich die deutschen Kapitalisten gegen eine Zinsfußherabsetzung der Staatsanleihen. Die Steuerzahler, die die Zinsenlast zu tragen haben, sollen auch ferner noch zu Gunsten der kapitalistischen Gläubiger die sicheren Schuldverschreibungen des Reichs und der Einzelstaaten mit 4 oder 3 1/2 Proz. verzinsen, obwohl andere Staaten längst schon den Zinsfuß von drei Prozent und darunter eingeführt haben. In England z. B. wird die 2 3/4-prozentige Rente in ein 2 1/2-prozentige umgewandelt, der Zinsfuß in der Schweiz, Frankreich, Nordamerika ist 3 Prozent. In Schweden, Dänemark und Holland wird in drei Prozent konvertirt. Die ganze Entwicklung drängt ja auf eine Konversion.

Wie ist denn der Kursstand unserer Staatspapiere? Die Reichsanleihen wurden notirt zu:

	1. IV. 89	1. X. 91	4. VI. 92	29. VII. 93	16. VI. 95
4proz.	108.3	105.2	107.3	107.6	106.4
3 1/2 „	104.0	97.8	101.2	100.6	105.1
3 „	—	84.0	88.0	86.2	98.6

In allen Staaten wird konvertirt (umgewandelt), der Weltzinsfuß ist im steten Sinken begriffen.

Wenn die Konversion allerdings dem Gemeinwesen nützlich sein soll, dann muß sie sozialpolitisch ausgenützt werden, der Fiskus müßte verpflichtet werden die Ersparnisse für Kulturaufgaben, nicht für das herrliche Kriegsheer oder für die „nothleidenden Nachfahren der Raubritter zu verwenden. Der Kurs der Staatspapiere, der jetzt künstlich gedrückt ist, wird steigen, der Staatskredit wird sich heben. Vermindern sich die Steuerlasten, dann wird die große Masse, deren Kaufkraft jetzt nicht bloß unter dem Druck der Wirtschaftsverfassung, sondern auch unter der furchtbaren Wucht der vielen Auflagen leidet, ein wenig gehoben werden. Wendet der Staat die Ersparnisse aus der Konversion zur Deckung seiner Ausgaben, so können harte, indirekte Steuern vermieden oder bestehende Verbrauchsabgaben gemindert werden, immer vorausgesetzt, daß der Will des Volkes den Ausschlag giebt. Die preussischen Steuerzahler sparen bei Konvertirung in 3 Prozent an der preussischen und ihrem Antheil an den Reichsschulden allein 50 Millionen Mark. Das ergäbe für den Kopf der Bevölkerung etwa 1,63 Mark, gegenüber der Kopftheil der Preußen an Reichs- und Staatssteuern von 22,89 Mark, also eine nicht unerhebliche Ersparniß.

Unzweifelhaft bedeutet Herabsetzung des Zinsfußes der Staatspapiere einen schweren Schlag gegen die kleinen kapitalistischen Kreise, gegen die „Zünftgroßrentiers“, gegen den „Mittelstand“. Wie steht es ab mit den Millionen von Proletariern, die im Gläubigerdasein und dahinstehen? Wenn die Zwischenschicht zwischen Großbesitz und Besitzlosen rascher aufgelöst im

belassert werden, so haben wir keine Ursache, dagegen Einspruch zu erheben. Die natürliche Folge der Konversion deutscher Papiere wird der Sturm der Klein-kapitalisten auf höher verzinsliche, exotisch-unsichere Werthe sein, d. h. ein beschleunigter Kladderadatsch der Zwergrentiers, denen jeder Staatsbanterott in Portugal, Griechenland, Südamerika zu Tausenden das Lebenslicht ausbläst.

Dass die verschuldeten Agrarier aus der Konversion Vortheil ziehen, wie alle Schuldner, versteht sich; die zu verzinsenden Kapitalien verbilligen sich. Doch tritt hier die Doppelseelentheorie in Kraft, als Besitzer von Staatspapieren sind sie gegen die Konversion, die Armen unter den gestrickten Strohdächern, als Schuldner sind sie dafür.

Wir haben keine Ursache, gegen die Zinsherabsetzung der Staatspapiere zu sein. Je eher desto besser!

Politische Rundschau.

Deutschland.

Der Reichstag hat bei der Berathung des Gesetzesentwurfs über die Berufs- und Gewerbeprüfung eine Resolution angenommen, die die Veranstaltung einer Volkszählung am 1. Dezember 1895 befürwortet. Die Reichsregierung wird diesem Wunsche des Reichstages Folge geben. Im Wesentlichen würden sich die Erhebungspunkte von den bisher üblichen wenig unterscheiden, jedoch sollen zwei neue Fragen gestellt werden, von denen die eine sich auf die Ermittlung der militärisch nicht geschulten landsturmpflichtigen Männer, die andere gemäß den Wünschen der Reichstagskommission und des Reichstages auf die beschäftigungslosen Arbeiter bezieht.

Die Kommission Preussens und des Reiches, die Oesterreichs Handwerksesevorange studiren sollen, haben ihre Abreise wegen „dringender Geschäfte“ verschoben.

Marienberg. Einer der Helden von Marienberg, Sanitätsrath Dr. Capellmann, hat seine Stelle als Vor-sitzender im ärztlichen Verein niedergelegt. Wie verlautet, wird Geh. Sanitätsrath Dr. Kribben von seinem Amte als Polizeiarzt zurücktreten. Der Oberstaatsanwalt von Köln ist zur Revision in Aachen eingetroffen. Die Akten des Prozesses Mellage sind vom Justizminister eingefordert worden.

Geistlicher Boykott. In Pasing bei München wurde vom Wahlverein eine Kommission beauftragt, mit dem Brauereibesitzer Gruber wegen Ueberlassung seines Lokals zu den Zusammenkünften unserer Genossen zu verhandeln. Der Mann erklärte jedoch der Kommission, es sei ihm absolut unmöglich, seine Lokale der Partei zur Verfügung zu stellen, da der Pfarrer ihm schon verschiedene Male gedroht habe, falls er seine Lokalitäten an uns abgäbe, ihm die Rundschau vom Kloster und Distriktsrat entzogen werde, was für die Brauerei eine Mindereinnahme von monatlich Mk. 1000 bedeute. — Man sieht, die „streitende Kirche“ versteht das Boykottiren nicht minder gut als ihr weltlicher Genosse, der Militarismus; und da will man im Ernst den Arbeitern verargen, wenn sie sich durch den Boykott ihrer Haut wehren?

Dolus eventualis. Dem Herausgeber der Kritik, dem berufenen Karl Schmidt, in Berlin, und dem Mitarbeiter dieser Wochenschrift, dem Schriftsteller Eduard Engels in Ulm a. D. ist nunmehr die Anklage wegen Majestätsbeleidigung zugestellt worden. Den Gegenstand der Anklage bildet ein von Eduard Engels geschriebener und von dem Herausgeber der Kritik in Heft 25 dieser Wochenschrift veröffentlichter, Wilhelm II. überschriebener Artikel. Gegen den Verleger der Kritik, Hugo Storm, der im Vorverfahren gleichfalls verantwortlich vernommen wurde, ist die Anklage nachträglich doch nicht erhoben worden. Trotz des famosen dolus eventualis!

Zum Falle Kock hat nun auch der pommersche Pfarrer-Verein Stellung genommen. Auf der Jahresversammlung, auf der 35 Bezirke mit 18 Delegirten vertreten waren, wurde die Angelegenheit des Pastors Kock eingehend behandelt. Der Pfarrer-Verein glaubte in dem Verfahren des Herrn v. Thadden und seiner Parteigenossen gegen Pastor Kock den Versuch erblicken zu müssen, dem Pastor das Recht zu verschränken, daß er ohne Menschenfurcht und Menschengefälligkeit die Wahrheit nach allen Seiten hin zu vertreten habe. Der Vorstand des Pfarrer-Vereins hat schon mit dem Vorstand des konservativen Vereins in Rummern Verhandlungen geführt, die indes noch nicht zum Abschluß gekommen sind. Mit seinem Vorgehen erklärte sich der Verein mit anerkanntem Freimuth, ohne das Auftreten des Pastors Kock in jeder Beziehung billigen zu wollen, für einverstanden und beauftragte den Vorstand, dem Amtsbruder für die Mannhaftigkeit seines Auftretens seine Zustimmung und dadurch Trost für die erlittenen Anfechtungen auszusprechen.

Für die zukünftige Versorgung des Herrn von Hammerstein nach seinem Austritt aus der Redaktion der „Kreuzzeitung“ scheint jetzt gesorgt zu sein. Herr v. Hammerstein will in den Dienst der „inneren Mission“ treten und zwar als Mitarbeiter des Pastors von Bodelschwingh. Wenigstens erhält unser in Bielefeld erscheinendes Bruderorgan die „Volksmacht“ von „sehr glaubwürdiger Seite“ folgende Mittheilung: „Herr von Hammerstein, der bisherige Chefredakteur der „Kreuztg.“, wird demnächst unser Nachbar werden. Wie verlautet, tritt er aus der Redaktion der „Kreuzzeitung“ aus und übernimmt als erster Bureauleiter die Ver-

waltung der Anstalt Bethel einschließlic des Kollektenwesens. Bisher wurden diese Funktionen von einem Herrn Wadenphul ausgeübt. . . .“ — Der Griff wäre für die frommen Anstalten des Herrn v. Bodelschwingh nicht schlecht. Herr v. Hammerstein hat bis in sehr hohe Kreise hinein Verbindungen, gleichwie mit vielen wohlhabenden Millionär-Agrariern. Da weiß er als Chef des Bodelschwingh'schen Kollektenwesens wenigstens, wo sich die kapitalkräftigen Leute finden, die ihre Frömmigkeit zu Gunsten der frommen Anstalten in klingender Münze praktisch bewähren können, wenn sie wollen.

Dem Halle'schen „Volksblatt“ ist wieder ein Circular des königlichen Eisenbahnbetriebsamts Magdeburg an die Dienststellen des Amtsbezirks, datirt vom 28. Juni 1894, in die Hände gefallen, das das Grüßen der Vorgesetzten betrifft und, da die bezüglichen Bestimmungen nicht beachtet werden, auf die betreffende Amtsblatt-Verfügung aus dem Jahr 1890 hinweist und sie nochmals einschärft. Danach haben die in Dienstkleidung befindlichen Beamten ihre Vorgesetzten durch Anlegen der rechten Hand an die Kopfbedeckung in militärischer Weise zu grüßen, während diejenigen Beamten usw., die nur die Dienstmütze tragen, den Gruß durch Abnehmen der Mütze auszuführen haben. — Ohne die militärische Schmeid geht es eben auch in unseren staatlichen Verwaltungen nicht mehr.

In zünftlerischen Kreisen sieht man bekanntlich den Ergebnissen der vom Reich und Preußen nach Oesterreich zum Studium der dortigen Handwerker-gesetzgebung geschickten Kommission mit Mißtrauen entgegen. Man stellt es dar, als ob die Kommission mit der vorgefaßten Meinung an dieses Studium herantrete, daß es mit Zwangsinnungen und Befähigungsnachweis nichts sei. Die Vertreter der Innungen werden sich nun, wie die „Deutsche Tageszeitung“ mittheilt, im nächsten Monat zu einer Berathung hier versammeln, in der sie keinen Zweifel darüber lassen, daß man, falls die österreicherische Reise wirklich nichts anderes sein sollte als ein Suchen nach Ausflüchten, das Handwerk zu einer Stellungnahme dränge, die weder in seinem eigenen Interesse noch weniger aber in dem der Regierung liegen könnte. Das soll wohl heißen, die treuesten Stützen von Thron und Altar, die Handwerker wollen dann dieselbe Taktik verfolgen, wie ehedem die Agrarier.

Zum Mexikaner-Kloster-Prozess. In der „Leipz. Volks-Ztg.“ macht ein Fachmann interessante Ausführungen, die darin gipfeln, das Verhalten der Klosterbrüder psychologisch zu erklären. Es heißt da:

Das andauernde Zusammensein mit Geisteskranken hat — und zwar um so mehr, je enger sie zusammengepfercht sind — einen ungünstigen Einfluß auf gesunde Menschen. Nach ein paar Stunden, die in solcher Lage verbracht sind, entwickelt sich ein Zustand, den die Medizin als „reizbare Schwäche“ bezeichnet. Das praktisch wichtigste Zeichen dieser Reizbarkeit ist eine Neigung zu Zornausbrüchen schon bei geringen Verdrießlichkeiten. Wird ein in solchen Zustand gerathener Mensch nicht bald abgelöst, so entwickelt sich eine gefährliche Explosivität. Irrenwärter werden aber gewöhnlich nicht abgelöst, und auch die Mexikanerbrüder hatten permanenten Dienst. Unter diesen Verhältnissen entwickelt sich bald eine chronische, mehr oder weniger schwer zu unterdrückende Wuth, und leider ist das Verhalten von Irren, die in Masse angehämmt sind, ganz dazu angethan, beständigen Anlaß zu Wuthausbrüchen zu geben. Wo nicht eine beständige Ueberwachung der Kranken und ihrer Wärter stattfindet, laufen solche Wuthausbrüche schrankenlos ab, und so kommt es ganz natürlich zu der allmählichen Entfaltung einer Schreckensherrschaft, zu einem dauernden Kriegszustand zwischen den Kranken und ihren Pflegern, in dem die Letzteren in Folge ihrer größeren Intelligenz, Besonnenheit und Kameradschaft natürlich dauernd die Oberhand behalten. — Nachdem dann der Verfasser auf die Möglichkeit hingewiesen hat, durch sorgfältige Aus-lehrung, durch häufigeren Wechsel der Wärter Abhilfe zu schaffen, erklärt er als das beste Hilfsmittel eine Aufklärung der Wärter durch die Arbeiterpresse und etwa einen allgemeinen Streik unter Forderung des Achtstundentages. Damit wird auch den Kranken am meisten genützt und den Ärzten ein frisches und freundliches Mitarbeiterkorps gegeben werden. Die Vorwürfe haben sich nicht sehr gegen die Mexikanerbrüder zu richten, als vielmehr gegen die staatlichen Aufsichts- und Verwaltungsbehörden, gegen die überhaupt die Anklage einer völlig verfehlten Behandlung des Irrenwesens zu erheben ist.

Die Revision in Strafsachen. Die Kommission zur Berathung des Gesetzesentwurfes betreffend die Revision des Strafprozesses hat bei Schluß des Reichstages ihre Arbeit einstellen müssen, und es würde daher der Entwurf, selbst wenn er während des nächsten Winters im Reichstage erledigt werden sollte, kaum vor dem 1. April 1897 Gesetzeskraft erlangen. Bis dahin müssen sich alle diejenigen, welche sich in der unangenehmen Lage befinden, in erster Instanz von der Strafkammer verurtheilt zu werden, mit dem Rechtsmittel der Revision begnügen. Die Natur dieses Rechtsmittels, über welches von wenig in Betracht kommenden Ausnahmen abgesehen, das Reichsgericht entscheidet, ist im Volke noch immer zu wenig bekannt. Die Revision kann nur darauf gestützt werden, daß das Urtheil auf einer Verletzung des Gesetzes beruhe. Hierfür den Nachweis zu erbringen, wird natürlich dem Laien fast immer unmöglich sein. Das Gesetz verlangt denn auch, daß die Revision durch einen Rechtsanwalt

oder an Protokoll des Gerichtsschreibers begründet werde. Trotzdem ist die Zahl der erfolgreichen Revisionen eine sehr geringe. Von den etwa 5000 Revisionen, über welche das Reichsgericht in einem Jahre zu entscheiden hat, werden mehr als 4000 verworfen und nur in etwa 900 Fällen erfolgt die vollständige oder theilweise Aufhebung des Urtheils und die Zurückverweisung in die erste Instanz oder seltener die Entscheidung des Reichsgerichts in der Sache selbst. Da nun aber die Aufhebung des Urtheils sehr oft nur wegen Verletzung formeller Vorschriften erfolgt, so darf man annehmen, daß von den 900 Sachen, die infolge der Revision zur erneuten Verhandlung vor die Strafkammer oder das Schwurgericht gelangen, nur etwa der dritte Theil anders als früher entschieden wird. Demnach haben nur etwa 6 pSt. aller Revisionen einen wirklichen Erfolg, eine Thatfache, die jedenfalls noch nicht hinreichend bekannt, denn sonst würde gewiß mancher davon absehen, von dem so aussichtslosen und kostspieligen Rechtsmittel der Revision Gebrauch zu machen. Wer mit Aufmerksamkeit den Verhandlungen des Reichsgerichts folgt, der empfindet häufig ein lebhaftes Bedauern darüber, daß Rechtsanwälte Revisionen mit ihrem Namen unterzeichnen, die von vorn herein als aussichtslos gelten müssen und das dieselben dadurch ihren Klienten unnöthige Kosten bereiten und die Erledigung der Strafsache hinauschieben. Hoffen wir, daß die in Aussicht genommene Reform des Strafprozesses die Mängel des bisherigen Verfahrens gründlich beseitigt und das Vertrauen des Volkes in die Rechtsicherheit in etwas wenigstens erhöht.

Zum Kapitel der „Freiheit“ der Postassistenten liegt abermals ein bezeichnender Beitrag vor. Vor einigen Tagen sollte in Straßburg ein Bezirksverein des Verbands deutscher Post- und Telegraphen-Assistenten gegründet werden. Die konstituierende Versammlung war anberaumt und der Errichtung des Vereins schien nichts mehr im Wege zu stehen. Aber der Mensch denkt und die Postverwaltung lenkt. Am Tage vor dem festgesetzten Gründungsstermin wurden die Führer der Bewegung die Postassistenten Liebelt und Ludwig ver-setzt. Die Errichtung des Bezirksvereins unterblieb. Die Maßregelung steht keineswegs vereinzelt da. Schon vor zwei Jahren wurde auf Anregung eines Postassistenten Namens Dietrich der Versuch der Gründung eines Bezirksvereins in Straßburg gemacht. Der Versuch wurde damals dadurch vereitelt, daß Dietrich zwei Tage vor dem festgesetzten Gründungsstermin nach Altkirch versetzt wurde. Im Fall Dietrich wurde offiziös bestritten, daß die Veretzung den Charakter einer Maßregelung trage. Man darf gespannt sein, wie die Postverwaltung sich diesmal aus der Affäre ziehen wird. Es wird Sache des Reichstages sein, den Fall klar zu stellen und darauf hinzuwirken, daß endlich den Postassistenten dasjenige Maß von Bewegungsfreiheit verstatet wird, das ihnen Verfassung und Gesetze einräumen.

Dänemark.

In der Kopenhagener Sittenpolizei hat es in der letzten Zeit arge Scandale gegeben. Die Beamten mißbrauchten ihre Machtstellung, um von der offiziellen und anonymen Demimonde allerlei Liebesdienste zu erpressen, einerseits solche in des Wortes wörtlichster Bedeutung, andererseits kleine pekuniäre Zuwendungen, die die Freundschaft erhielten. In vielen Fällen ist festgestellt, daß die Prostituirten einer unglaublich brutalen Behandlung ausgesetzt waren. Die sozialdemokratische Presse fordert angesichts dieser Zustände die Anstellung von weiblichen Sittenpolizisten und Untersuchung der Prostituirten durch weibliche Aerzte. Mit welchem Erfolg wird uns die Zukunft lehren.

Italien.

Der Haß, den Crispi's Mamelucken gegen die selbstständig denkende Opposition hegen, hatte Mittwoch in der Deputirtenkammer zu einer skandalösen Prügelei geführt. Die Antwort auf die Thronrede stand zur Berathung. Die Opposition hatte beantragt, daß die Gnade des Königs für die von den Kriegsgerichten Verurtheilten angerufen werde. Crispi erwiderte aber, der Antrag sei ein ungehöriger Eingriff in die Rechte der Krone. Crispi sagte dann: „Wenn „wir“ einmal an eine Amnestie denken werden, so wird es sich um die verführten Massen, nicht aber um die Verföhler, nicht um die Räbelsführer handeln.“ Bei diesen Worten erhob sich ein Tumult. Dies benutzten die fanatisirten Crispianer, um sich auf die Radikalen, die vielleicht zwanzig oder dreißig Mann stark waren, zu stürzen und einige von ihnen thätlich anzugreifen. Ein besonderer Muth hat dazu nicht gehört. Das Empörendste aber ist, daß die Crispi'sche Mehrheit, deren Mitglieder sich wie die Rowdies benehmen, hinterher nach einer Verschärfung der Befugnisse des Präsidenten schreien. In einer Versammlung, welche die Mitglieder der Kammermehrheit am Mittwoch-Abend noch abhielten, verlangte Crispi, daß die Geschäftsordnung der Kammer geändert und die Machtbefugnisse des Kammerpräsidenten wesentlich verschärft würden, damit derselbe die „Zügellosigkeit“ der äußersten Linken wirksam eindämmen könne. Aus der Versammlung wurde Crispi zugerufen: „Wir wollen den Gendarmerie-Obersten, wie in Frankreich!“ Crispi erwiderte, dazu wäre immer noch Zeit genug. — Nach den Anfängen zu urtheilen, glauben wir behaupten zu dürfen, daß Crispi es bald trotz seiner Mehrheit vorziehen wird, das Parlament nach Hause zu schicken und wiederum auf eigene Faust zu regieren.

Spanien.

Sehr schlechte Aussichten erwachsen Spanien für den großen Pump, den es für die Kriegführung auf Kuba

aufnehmen wird. Der an dem Stand der Börsenpapiere großen Antheil nehmenden „Börs. Ztg.“ wird aus Madrid berichtet: „Das starke Weichen der Kurse der spanischen Staatspapiere an der Pariser und der hiesigen Börse hat allgemein große Besorgniß erregt, und die Beschwichtigungsversuche der offiziellen Presse sind außer Stande gewesen, dem starken Fallen der Kurse Einhalt zu thun. Die seit vorgestern umlaufende Nachricht, Marschall Martinez Campos habe den Oberbefehl über die spanischen Truppen in Kuba niedergelegt, trug nicht wenig dazu bei, die Börse zu beeinflussen, doch entbehrt diese Mittheilung offenbar jeder Grundlage. Freilich ist nicht zu verkennen, daß der Ernst der Sachlage auf der großen Antilleninsel, die Einstellung der Einlösung der kubanischen Schuldscheine und die Nothwendigkeit, neue große Summen für die Kriegsführung in Kuba aufzubringen, in erster Linie zum Sinken der Kurse Veranlassung gegeben haben. Daneben beweist die Unmöglichkeit, die am 1. Juli verfallenden Schuldscheine vom 26. Juni 1894 einzulösen, die finanzielle Schwierigkeit, in der sich das Mutterland befindet. Die Nothwendigkeit einer ansehnlichen Anleihe ist offenkundig, aber es wird schwer sein, Darleher zu finden. Man darf sich unter diesen Umständen nicht wundern, daß die Börsen des In- und Auslandes der allgemeinen Unruhe der Handel und Gewerbe treibenden Klassen den entsprechenden Ausdruck verleihen, und es ist nicht unwahrscheinlich, daß noch ein weiteres Sinken der Kurse zu befürchten ist.“

Der offene Staatsbankrott rückt dabei in immer greifbarere Nähe.

Belgien.

In Belgien ist es den vereinigten Volksausbeutern gelungen, durch Kornzölle die Brodpreise künstlich in die Höhe zu treiben. Die Zölle sind zwar lange nicht so hoch wie in Deutschland, aber die Belgier, die in solchen Dingen keinen Spaß verstehen, haben das betr. Gesetz das Hungergesetz (eigentlich Gesetz der Hungersnoth) genannt und eine schwarze Liste angelegt, auf der alle Brodvertheurer an den Pranger gestellt und der gebührenden Verachtung preisgegeben sind.

Lübeck und Umgegend.

24. Juni.

Die Wahlen zur Bürgerschaft. Wiederum sind morgen wenige Bürger Lübeck's berufen, die gesetzgebende Körperschaft in Lübeck durch 12 Mitglieder zu ergänzen. Diesen 12 Kandidaten wird das Mandat auf 6 Jahre gegeben. Eine lange Zeit! Umfomehr müssen diejenigen, welche berufen sind, diese Mandate zu erteilen, darauf hingewiesen werden, welches wichtiges Dokument sie in den Stimmzettel in Händen haben. Aufgabe Derjenigen, welche nicht Bürger sind, ist es die Wähler darauf hinzuweisen, daß sie auch Leute in die Bürgerschaft wählen, die, wenn sie das Mandat haben, auch das Interesse des gesammten Volkes und nicht, wie das bisher der Fall war, dasjenige einer kleinen Minorität vertreten. Wir sind überzeugt, daß das Wahlrecht in seiner heutigen Form nicht mehr zeitgemäß, ja daß es eine Ungerechtigkeit ist. Wir wissen aber auch, daß die herrschende, die besitzende Klasse am liebsten nach rückwärts revidirt, daß sie bestrebt ist, das Wahlrecht und die Rechte des Volkes überhaupt zu verschlechtern. Wir fordern deshalb auch, daß Jeder, der in Lübeck eine bestimmte Zeit anwesend ist, durch diese seine Anwesenheit und durch, daß er seine Steuern zahlt, das Bürgerrecht erwirbt. Dieser Forderung können wir aber nur dann Nachdruck verleihen, wenn wir Vertreter in die Bürgerschaft senden, welche vorwärts und nicht rückwärts streben! Daher, Parteigeossen, Arbeiter und Handwerker, ist es nothwendig, daß wir uns nicht gleichgültig in den Schmollwinkel stellen und sagen: Es nißt ja doch nichts! Heraus mit Euch Allen, die Ihr dem Staate die Steuern zahlen müßt! Jeder Einzelne überzeuge einen Wähler, bringe einen Wähler an die Urne, dann wird auch der Erfolg die Arbeit lohnen!

Niedergang des Einflusses vom Vaterstädtischen Verein und Anwachsen der Sozialdemokratie, das macht sich auch im Jakobi-Quartier und Vorstadt St. Gertrud bemerkbar. Besonders wenn man die Resultate der Wahlen von 1893 und 1895 vergleicht. Im Jahre 1893 erhielten von den sozialdemokratischen aufgestellten Kandidaten Stimmen. (Die eingeklammerten bezeichnen das Resultat der diesjährigen Wahl):

Schwarz	144	(168)	Stimmen
Friedr. Meyer	128	(151)	"
Marzahl	125	(150)	"
Böttcher	129	(151)	"

Die Kandidaten des Vaterstädtischen Vereins erhielten im Jahre 1893 423—463 Stimmen und in diesem Jahre nur 320—413. An geschlossenen Listen wurde dieses Mal abgegeben für die Sozialdemokratie 149, für den Vaterstädtischen Verein aber nur 281. Im Jahre 1893 betrafen sich diese Zahlen auf 124 bzw. 399. Der Vaterstädtische Verein hat denn auch an geschlossenen Listen einen Verlust von 118 Listen aufzuweisen, während sich die Zahl der sozialdemokratischen um 25 vermehrt hat. Hierbei ist allerdings in Betracht zu ziehen, daß in diesem Jahre 20 Personen ihr Wahlrecht weniger ausgeübt haben, als im Jahre 1893. Doch kann diese minimale Zahl nur wenig in Betracht kommen. Zudem muß noch ganz besonders in Betracht gezogen werden, daß in diesem Jahre unsere Liste nur Namen von Parteigenossen enthielt, während damals Männer freisinniger Couleur die Liste „geziert“ hatten. Die Zunahme der sozialdemokratischen Listen ist also, wenn

man diesen Punkt berücksichtigt, noch bedeutend höher. Die Zahl der sozialdemokratischen geschlossenen Listen hat sich um 20,16 Prozent vermehrt, die Zahl der Listen des Vaterstädtischen Vereins um 29,5 Prozent vermindert. Und ein derartiges Resultat sollte uns nicht befriedigen?

Wie der Bürgerrechts-Verein Kandidaten macht. Der sogenannte Aktien-Verein scheint in der Aufstellung seiner Kandidaten recht unanständige Ziele verfolgt zu haben. Unsere Vermuthungen vom Sonnabend haben in gewisser Beziehung ihre Bestätigung erhalten. Wenn irgend eine Partei Kandidaten aufstellt, so ist es ihre Pflicht, den Kandidaten zunächst einmal zu fragen, ob er die Kandidatur überhaupt annimmt und sodann, ob er sich auch auf das aufgestellte Programm verpflichtet. Das gehört zu den ersten Anstandsbedingungen einer Partei, sobald sie eine Kandidatur aufstellt. Beides aber hat der Bürgerrechts-Verein bei der Aufstellung einiger Kandidaten im Jakobi-Quartier und Vorstadt St. Jürgen unterlassen. Der Zweck, weshalb man so verfahren ist, ist ja durchsichtig genug, aber die Leiter des Bürgerrechts-Vereins-Buppen-Theaters haben ihr Spiel recht schlecht gespielt. Nach beiden Seiten hin, haben sie ein Fiasko erlebt. So erfahren wir von interessirter Seite, daß niemand vom Aktien-Verein jemals Herrn Kaufmann Gröper gefragt hat, ob er überhaupt eine Kandidatur des Bürgerrechts-Vereins annimmt. Niemand hat sich mit Herrn Gröper darüber verständigt, ob er sich auch zu dem vom Aktien-Verein aufgestellten Programm (?) verpflichtet. Herr Gröper ist, wie aus den Wolken gefallen gewesen, am Tage vor der Wahl — welche Schämigkeit von Seiten des Bürgerrechts-Vereins! — zu erfahren, daß auch sein Name auf dem Stimmzettel steht. Sein sofortiger Einspruch gegen diese nichtswürdige Machenschaft bei verschiedenen Parteigrößen des Bürgerrechts-Vereins führte zu keinem Ziele, da jeder die Schuld von sich abwälzte. Sogar Herr Heise von der „E. Z.“, einer der Vordermänner im Bürgerrechts-Verein, wollte nicht wissen, wer Herrn Gröper aufgestellt habe. Und so war Herr Gröper wider Willen. Sogar der Aufforderung: seinen Namen auf den Zetteln streichen zu lassen, ist man nicht nachgekommen. Es ist im höchsten Grade gemein, daß der Bürgerrechts-Verein zu derartigen unsauberen Mitteln gegriffen hat. Vielleicht ist die „Eisenbahn-Zeitung“, das Sprachrohr des Bürgerrechts-Vereins im Stande, einen Grund zur Rechtfertigung anzugeben, event. was sagen die Herrn Bape und Curt Seydell dazu. Hie Rhodos, hie sult! Hier heißt es: Maul auf, es muß gepiffen werden! Sie alle haben stets das große Wort im Bürgerrechts-Verein geführt, sie allein können also Rede und Antwort stehen, und sie allein machen wir verantwortlich. Wir erwarten, daß sich der Bürgerrechts-Verein — wenn er kam — von dem Verdacht reinigt: er habe Kandidaten „gepreßt.“

Der reine Hohn ist das Gebahren des Bürgerrechts-Vereins. Sowohl in den „Lübeckischen Anzeigen“ wie auch im „General-Anzeiger“ prangt die Liste des Vaterstädtischen Vereins wie auch diejenige des Bürgerrechts-Vereins gemüthlich unter einander. Ein Vergleich beider Listen zeigt uns, daß sich wiederum sieben Kandidaten des B. V. auf der Liste des „B. V.“ befinden. „Mitbürger des Marien-Quartiers, wählt als freie unabhängige Männer die Herren so und so“ heißt es am Kopfe der Bürgerrechtsliste, die außerdem noch mit einem Adler versehen ist. Es hat uns keineswegs überrascht, daß der Bürgerrechts-Verein nach so kurzem Bestehen schon dem eigentlichen Zweck, zu welchem er gegründet wurde, nicht mehr entspricht. Auch haben wir ja schon früher die Beweise dafür erhalten, daß man in der Angst vor der Sozialdemokratie alle Schranken, die zwischen den einzelnen Parteien noch vorhanden waren, im entscheidenden Moment fallen ließ. Komisch ist nur, daß man überhaupt erst eine solche Vereinspielerei angefangen hat, daß man Männer, welche sich von zwei Vereinen mit verschiedenen Zielen aufstellen lassen, noch als „frei und unabhängig“ anpreist. Der Bürgerrechtsverein wird natürlich wieder die Kastanien für den Vaterstädtischen Verein aus dem Feuer holen, und nachher wird in der „E. Z.“ weiterkrakehlt. Arme Mitglieder, die ihr eure Groschen bezahlt habt!

Einen Erfolg haben unsere Zeilen, welche wir kürzlich über die Verhältnisse auf dem Staatsbagger „Cyklop“ brachten, bereits gezeitigt. Die Bauleitung hat sich nämlich gemüthigt gefühlt, nach einer Richtung hin, den Wünschen der Arbeiter entgegenzukommen. Wie bekannt, hatten wir in unserem Blatte für die Arbeiter am Sonnabend bereits um 6 Uhr Feierabend verlangt. Die Bauleitung hat nun kurz darauf der Befehung des Wagners mittheilen lassen: sie, die Bauleitung, wolle sich die betreffende Stunde mit den Arbeitern ehrlich theilen, so daß jetzt bereits Sonnabends um 6 1/2 Feierabend gemacht werde. Welche Großmüthigkeit! An der Nichtbezahlung von Ueberstunden haben die Herrn von Bauleitung dagegen nicht gerüttelt. Zwar ist der Mindestlohn für Staatsarbeiter auf 24 Pfg. festgesetzt. Berechnet man sich aber den Lohn der niedrigsten Klassen (78 Mk. pro Monat) nach Stundenlohn, so würde das nur 19—20 Pfennig pro Stunde bei 13 stündiger Arbeitszeit ausmachen. Die Arbeiter erleiden demnach eine recht beträchtliche Einbuße! Aber es kommt noch weit schöner. So wurde den Arbeitern erst in jüngster Zeit verkündet; wenn es der Betrieb erfordert, daß nach 7 Uhr bußirt werden muß, so werden erst die Stunden von 8 Uhr an bezahlt; die Stunde von 7—8 Uhr wird dagegen nicht vergütet. Das ist ungefähr dasselbe, als wenn man den Arbeitern sagen würde: Ihr müßt zwei Tage im Monat umsonst

arbeiten! Wir glauben, daß selbst kein Privatunternehmer so herzlos sein würde. Beim Arbeitgeber „Staat“ kann man sich alles gewärtig sein!

Vorsicht beim Verlassen der Straßenbahn! Ein sehr großer Theil der Unglücksfälle ist lediglich auf die Unvorsichtigkeit, häufig auch den Leichtsinns des die Bahn benutzenden Publikums, zurückzuführen. Und gerade durch die Unvorsichtigkeit des Publikums wird der so wie so schon überaus schwere und verantwortliche Beruf der Wagenführer noch bedeutend erschwert. Am Sonntag Nachmittag wollte oberhalb der Mengstraße eine Frau die Bahn verlassen. Es wurde geklingelt und der Führer bremst sofort. Der Wagen bleibt natürlich nicht sofort stehen, sondern geht noch in langsamer Fahrt eine Strecke weiter. Die Frau erwartete aber nicht erst das vollständige Stillhalten des Wagens, sondern stieg bereits, als der Wagen noch in Fahrt war, aus, und noch dazu entgegen gesetzt der Fahrtrichtung. Da sie sich an dem Vorbau des Wagens festhielt, wurde sie zu Boden geworfen und noch eine Strecke fortgeschleift. Erhebliche Verletzungen scheint die Frau nicht davongetragen zu haben; es konnte das aber eben so leicht der Fall sein. Den Führer kann in keiner Weise Schuld an dem Unfall treffen. Aber nochmals: Vorsicht beim Abspringen! Immer mit der Fahrtrichtung abspringen, auch wenn der Wagen steht! Am besten würden allerdings derartige Unfälle durch die Anstellung von Konduktoren vermieden.

Falsch Prophezeiungen liegen jetzt für das zweite Halbjahr vor. Diefelben lauten ziemlich trostlos: der Juli regnerisch, auch August regnerisch und kühl, ziemlich trocken der September, ausgiebige Niederschläge im Oktober, Schnee schon Anfang November, regnerische Weihnachten u.

Eine arge Enttäuschung wurde einigen Ausstellern, welche die deutsch-nordische Handels- und Industrie-Ausstellung besuchen, zu Theil. So warteten z. B. am Sonnabend Mittag 2 Personen auf eine Audienz beim Polizei-Rath. Eine Desterreicherin und ein deutscher Herr, allem Anscheine nach ein Wirth. Aus der Unterhaltung, welche die beiden Leidensgenossen führten, ging hervor, daß sie alle beide dem Ausstellungs-Komitee nicht sehr hold waren. „Ich habe schon sieben Ausstellungen besucht“, sagte die Desterreicherin, aber noch auf keiner ist es mir so ergangen wie hier. Ueberall wo ich bisher war, hatte ich nur mit dem Ausstellungs-Komitee zu thun. Die polizeiliche Erlaubniß u. s. w. besorgte alles das Komitee. Es wäre ja aber alles noch nicht so schlimm, wenn man mir nur gleich von Seiten des Komitees mitgetheilt hätte, daß ich diese Erlaubniß selbst erwirken müßte. Aber weit gefehlt. Nicht einmal, als ich hier ankam, setzte man mich davon in Kenntniß, was ich in dieser Beziehung zu thun hätte.“ — Der Herr nickte verständnißvoll und meinte dann: Ich muß unbedingt bis morgen die Erlaubniß haben.“ — Man muß beachten, daß dieses Gespräch am Sonnabend stattfand, also einen Tag nach der Eröffnung. Die Leute hatten also noch keine polizeiliche Erlaubniß. Wir zweifeln nicht daran, daß die Leute, nachdem sie zwei Tage nicht ausstellen konnten, die Erlaubniß bekommen haben. Jedemfalls hätte aber das Komitee, falls ihm von Seiten der hiesigen Polizei Schwierigkeiten gemacht wurden, den betreffenden Interessenten diesbezügliche Kenntniß geben müssen.

Gestledert von Taschendieben wurden auf dem Hamburger „Kaisertage“ fünf Lübecker. Diefelben hatten zusammen die Reise unternommen und allen fünf Theilnehmern wurde an demselben Tage die gepickte Geldbörse entwendet.

Diebstahl. Einem hiesigen Konditor wurden am 13. dieses Monats aus seiner Ladenkasse 50 Mark gestohlen.

m. Schwartau. Wir sehen uns genöthigt, einmal einen öffentlichen Apell an die Arbeiter und Genossen von Schwartau und Umgegend zu richten, damit sie sich besser als bisher um unsere Sache kümmern und zusammenhalten. Nicht nur, daß in letzter Zeit die öffentlichen Versammlungen immer recht schwach besucht wurden, nein, auch unsere Vereinsitzungen zeichnen sich immer durch einen so schwachen Besuch aus, so daß wichtige Sachen häufig von der Tagesordnung abgestellt werden müssen. Früher wurde stets gesagt: wir mögen mit Gen. B. nichts zu thun haben; derselbe ist jedoch nun, wie Jedem bekannt, von der Leitung des Vereins entfernt und wird wohl auch so bald keinen Posten im Verein bekleiden. Es liegt also für Diejenigen kein Grund mehr vor, sich fern zu halten. Gleichzeitig theilen wir mit, daß die nächste Vereinsitzung am Mittwoch den 26. d. M. stattfindet. Auf der Tagesordnung steht die Wahl eines Vertrauensmannes. Wir möchten die Genossen auffordern, recht zahlreich zu erscheinen; auch ersuchen wir Arbeiter und Genossen, selbst wenn sie nicht Mitglieder des Vereins sind, sich aber für unsere Sache interessieren, zu den Sitzungen zu erscheinen. Jeder ist willkommen.

m. Kneufeld. Auf dem Eisen- und Emailirwerk in Trems verunglückte vor einigen Tagen der Klempner W. dadurch, daß ihm beim Schleifen am Feigefinger der rechten Hand der Nagel mit dem Glied abgequetscht wurde. Der Unglücksfall entstand dadurch, daß der Schleiffstein nicht abgedreht wurde und darum furchtbar schlug, so daß — entgegen der Vorschrift — der Schleiffstein nicht dicht an der Schleiffauflage vorbeiging, sondern durch das Schlagen ein großer Zwischenraum gebildet wurde. Dadurch konnte dem Arbeiter nicht allein nur ein Finger, sondern sogar die ganze Hand sehr leicht abgerissen werden.

Hamburg. Etwas vom Erntefest der internationalen Langfingerzunft in Hamburg. Dem Hofbesitzer Gerling aus Neuhoft bei Lubeck stahl man in der Hasengegend eine schwarze Lederne Tasche mit Nickelpatentverschluss in welcher sich gegen 33600 Mark befanden, in Tausend- und Hundertmark-Scheinen.

Die mecklenburgischen Schulzustände und der Klassenegoismus der Agrarier werden durch folgende Mitteilung der „Kostocker Zeitung“ nett illustriert: „Durch Uebertritt in den Dominial-Schuldienst wurde zu Michaelis eine wissenschaftliche Schullehrer erledigt. Als der bisherige Inhaber die Stelle antrat, hatte er als Vorgänger einen von jenen Pädagogen der grauen Vorzeit, wie solche jetzt kaum noch zu finden sein dürften. Dieser alte Herr war seiner Aufgabe in bezug auf Volksbildung in der Weise nachgekommen, daß er den Kindern einen Kalender von Anfang bis Ende erklärte. War ein Kalendarium absolviert und einige Male repetiert, so ging er an einen Stapel von Zeitungen, welche nummerweise durchgenommen wurden. Als darauf der Pädagoge der Neuzeit auf eine ganz andere Weise die Jugend zu bilden begann und die Eltern schon ihrer Freude darüber Ausdruck gaben, wurde der Lehrer vom Schulpatron angewiesen, die Kinder nicht so allseitig bilden zu wollen, da er später Leute zum Dungsstreuen haben müsse — und Kündigung droht dem Zuwohrender.“

Marne. Am 16. Juni sprach der Reichstags-abgeordnete Barth in Marne in einer freisinnigen Versammlung über die gegenwärtige politische Lage. Seine Ausführungen gipfelten in dem bekannten freisinnigen Phrasengeklänge, das weder Fisch noch Fleisch ist. In Versammlungen den Zuhörern Honig um den Mund schmieren und dann im Reichstage der Regierung Komplimente über Komplimente machen, ist ja bekanntlich die höchste Weisheit freisinniger Parlamentarier. Die Marschbauern, die zufolge ihrer politischen Rückständigkeit überhaupt keine eigene Ansicht haben, jubeln heute einem antimilitarischen Hahn und morgen dem Wadelstrümpfser Barth zu, wenn ihnen nur geschmeichelt wird. Sehr bezeichnend für den freisinnigen Barth war die Antwort, die er dem Genossen Rohrbach auf die Frage, wie er sich denn die Beschaffung der Mittel für die auch von der Freisinnigen Vereinigung bewilligte Militärvorlage denke, gab. Er gab gar keine gerade Antwort, sondern ging darum herum, wie die Käse um den heißen Brei. Der Genosse Roche, der den Bauern unterhalten sagte, daß sie unter der Wirkung des Kapitalismus gerade so zu leiden haben, wie andere Erwerbsklassen, und an ihren Arbeitern sich schadloß zu halten suchten, erntete natürlich keinen Beifall. Die Bauern bilden sich noch immer allen Ernstes ein, daß sie unabhängig und frei seien. — Vor einigen Tagen hatten wir Gelegenheit, einmal so recht

die politische Rückständigkeit eines Marschbauern kennen zu lernen. Schreiber dieses saß mit zwei Hamburger Geschäftsreisenden und einem Großbauern aus dem Friedrichsloog in einem Eisenbahncoupé dritter Klasse. Die beiden Hamburger unterhielten sich unter Anderem auch von dem allgemeinen Wahlrecht. Der Bauer hörte andächtig zu. Wohl mehr aus Ironie fragte ihn plötzlich einer der Reisenden: „Nun guter Freund, wen haben Sie denn zuletzt gewählt?“ „Ich, ich,“ sagte der Bauer halb verlegen, „ich hew Windhorst wählt.“ „Windhorst?“ riefen die Hamburger wie aus einem Munde und lachten. „Wissen Sie denn nicht, daß Windhorst vor der letzten Reichstagswahl gestorben ist?“ „So?“ sagte der Bauer langgedehnt, „darum ok, ich hew in min Zeitung schon lang nix mehr von em lest; aber he wer doch een goden Fründ to Bismarck.“ Die Hamburger lachten nun nicht mehr, sahen sich nur kopfschüttelnd an. Der Bauer hingegen sog psystematisch an seinem Cigarettstummel weiter. „Welche Zeitung lesen Sie denn?“ frug nun der Schreiber dieses den Bismarckverehrer. „So, ich weet nich, wat dat best is“, antwortete dieser, „erst hew ich de Ijehoer Kohrichten lest, de worden mi to langwielig, denn hew ich de Nordostseezeitung lest, dat fun ich nich verstoahn, un jest les ich den Menspegel, dat is das beste Blatt.“ — „St. Michaelisdomm; nach Marne umsteigen!“ rief der Schaffner, und mit uns verließ der behäbige und belehene dithmarsche Großbauer den Eisenbahnwagen.

Briefkasten.

Einer, der Irrt ist! Sie scheinen doch noch nicht Irrt zu sein, sondern an „Blindheit“ zu leiden. Wenn Sie die Zeilen im „Vorwärts“ wirklich gelesen hätten, würden wir Ihnen antworten, so aber nicht. Lernen Sie erst lesen und verstehen! S. v. Israelsdorf. Die Mitteilung war uns leider schon anderweitig zugegangen. Trotzdem besten Dank. Hoffentlich hören wir öfter etwas von Ihnen! M.-r., St. Annenstraße. Wir bitten um Ihren Besuch, zwecks Aufklärung eines Punktes in dem „Eingeladnt“ Ihres Freundes P.-e.

Bemerktes.

Kapitalistische Dankbarkeit. Als ein großer Fortschritt in der Papierfabrikation ist die Erzeugung des thierischen Leims durch den Harzleim zu betrachten, und die Einführung desselben hat den Fabriken ungeheure Profite gebracht. Der Erfinder selbst, F. M. Illig, hatte keinen Gewinn davon; er war ja kein Kapitalist, konnte also auch die Erfindung nicht „ausbeuten“, wie sehr bezeichnend der technische Ausdruck lautet. Nun hat kürzlich die Generalversammlung des Vereins deutscher Papierfabrikanten getagt und da wurde denn vom Vorstand berichtet, daß im Geschäft des Herrn F. D. Ohnacker zwei Nachkommen des Erfinders Illig, ein Sohn und eine Tochter, beschäftigt seien, welche schon im hohen Alter ständen und fast nicht mehr arbeiten könnten. Auf

einen durch den Vorstand veranlaßten Aufruf in der Presse seien 395 Mk. eingegangen. So ehren die Listen den Erfinder, der mit zu ihrem Reichthum holten! Bemerkte sei, daß auf der Generalversammlung unterschiedliche Geheime und gewöhnliche Kommissarthe anwesend waren, also Leute, denen es a paar Mark nicht anzukommen braucht.

Lübecker Getreidepreise.

Nach Qualität und holländischem Gewicht per 200 Pfdm			
Weizen	14 Mk. — Pf bis 15 Mk. — Pf		
Roggen	13 " 50 " " 14 " — "		
Gerste	12 " — " " 12 " 50 "		
Hafers	12 " 50 " " 13 " — "		
Erbsen	12 " — " " 12 " 50 "		
Gelbe Hocherbsen	16 " — " " 17 " — "		
Grüne	16 " — " " 17 " — "		

Sternschanz-Viehmarkt.

Hamburg, 21. Juni. Der Schweinehandel verlief gut. Zufuhr wurden 320 Stück, davon vom Norden — vom Süden — Stück. Preise: Verlandsschweine schwere 40 — leichte 48—46 Mk., Sauen 30—35 Mk. und Ferkel 42 — pc. 100 Pfd.

Angelommene und abgegangene Schiffe in Travemünde.

Angelommen:
Sonntabend, den 22. Juni.
4,10 B. D. J. B. Dillberg, Berg, von Kopenhagen in 1
1,40 B. D. Stadt Lübeck, Kranz, von Memel in 42 Stb.
2,20 B. D. Elita, Pierstorff, von Libau in 43 Stb.
3,30 B. D. Alfa, Andersen, von Gelle in 3 1/2 Tg.
4,20 B. D. Gustav Winter, Ebenberg, von Husine in 3
Montag, den 23. Juni.
3,— B. D. Nautilus, Förster, von Petersburg in 79 Stb.
4,25 B. D. Zmatra, Schöning, von Kofka in 98 Stb.
4,25 B. D. Halmstadt, Gumbin, von Kopenhagen in 12 Stb.
6,30 B. D. Rewa, Krellenberg, von Petersburg in 82 Stb.
Abgegangen:
Sonntabend, den 22. Juni.
6,— B. D. Elbe, Essers, nach Petersburg.
8,35 B. D. Kant, Wulf, nach Königsberg.
9,90 B. D. Ana Louise, Hinz, nach Rappeln.
10,50 B. D. Simen, Nyberg, nach Helsingfors.
11,— B. D. Pauline Hausbus, Sprenger, nach Memel.
12,05 N. Karl, Sveason, nach Kalmar.
4,15 N. D. Archimedes, Marquard, nach Königsberg.
7,20 N. D. Lübeck, Hultmann, nach Kopenhagen.
Wasserstand und Wind in Travemünde: 8 Uhr Vorm.: 6
W., sehr lebhaft.
Schiffsbewegung in der Ostsee.
D. Storfursten ist am 22. Juni von Reval auf hier abgega
D. Der Reuse ist am 22. Juni von Königsberg auf hi
gedampft.
D. Europa ist am 22. Juni Helsingör passirt.
D. Luba ist am 22. Juni in Königsberg angekommen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

Wir ersuchen unsere Leser, diejenigen Geschäfte, welche im „Lübecker Volksbote“ inserieren, zu berücksichtigen und bei event. Einkäufen sich auf unser Blatt zu berufen.

Unser Freund Wilhelm Jahnke tau für hüdiges Wegenfest en 999 Mal bunnerdes hoch, dat' ganz Nöttinghof wadelt. Nu rah mal, wer Di den Streich spielt hett?

Für Vereine und Schulen empfehle zu Ausflügen meine selbst gefertigten **Stad-Laternen** in verschiedenen neuen Mustern. Bei größeren Bestellungen Anfertigung nach beliebiger Angabe.

J. J. Lindrob, Lübeck, Sanger Vohberg 39. Stad-Laternen-Fabrik.

Frische Eier, 7 Stk. f. 30 Pf., 15 Stk. f. 60 Pf. Frische Meierei-Butter, Pfund 85 Pf. Feine Margarine, Pfund 65 und 70 Pf. Guten Käse, Pfund 50, 60 u. 80 Pf. Fetten u. durchwachsenen Speck, 60 u. 70 Pf. Geräucherter Landmettwurst, Pfund 1 Mk. empfiehlt **J. C. W. Blöss, F. Götke Nachflg.** Kupferichmiedelstraße 7.

Frische Eier 15 Stück für 60 Pf. Feinste Meiereibutter, Pf. 85 Pf. Eine Portie Landspeck, zum Brod zu essen, Pf. 70 Pf. Netten Speck, Pf. 60 Pf. und 70 Pf. Landmettwurst, Pf. 90 Pf. und 1 Mk. Wollschinken, Pf. 1 Mk. und 1,30 Mk. empfiehlt **J. F. D. Götke, Hüstr. 26.**

Ihren reinigen. 1,50, Federn einsehen. 1,50, Uhrgläser 1. Qual. 0,30. **Aug. Büttner**, Uhrmacher, Süßstraße 32.

Klempnerei 3145 mit guter Kundschafft und Grundstück Abreise halber billig zu verkaufen bei mäßiger Anzahlung. **Johs. Fischborn**, Hüsterdamm 10. Zu verkaufen ein starker eiserner Sparherd mit kupfernem Kessel. **Wakenigsmann** 172.

Durch die Expedition des Lübecker Volksboten ist zu beziehen:

Umsturz und Socialdemokratie. Stenographischer Bericht

der Reichstages-Verhandlungen über die Umsturz-Vorlage. 464 Seiten Gross-Oktav. Preis 60 Pfennig. Porto 20 Pfennig. Hef 1 und 2 je 15 Pfg., Hef 3, 4 und 5 je 10 Pfg. Gebundene Exemplare à 80 Pfennig. Porto 20 Pfennig. Da es sich hier um historisches Material handelt, das für Parteigenossen von bleibendem Werth ist, und der Ruf nach Ausnahmegesetzen sobald nicht verstummen wird, so sollten die Verhandlungen des Reichstages über die »Umsturzvorlage« jedem Parteigenossen im Kampfe mit den Gegnern zur Hand sein.

Sehr schöne **Daberische Kartoffeln**, Faß 50 Pfg. **C. Wils**, Vorbeckstraße 12.

Große Holz-Auction. Am Donnerstag den 27. Juni, Morgens 9 Uhr anfangend, verkaufe öffentlich meistbietend gegen Baarzahlung an der Obertrave, unterhalb der Marlesgrube ca. 1000 Meter Clust- u. Rundholz in bequemen Cabelstügen. **J. C. B. Schmehl**, Auctionator u. Taxator. Ein zthüriger Kleiderschrank billig zu verkaufen. Burgtreppe 5. Ein gut erh. Kinderwagen mit Velociped-Rädern bill. zu verk. Fischergasse 51, 1. Et. Haus in der Stadt mit 2 Wohnungen, Ford. 5000 Mk. Anz. 500 Mk. 3146 **Johs. Fischborn**, Hüsterdamm 10.

Ferkel zu verkaufen. Köding, Eckhorff. Zu verm. ein gut möbl. heizbares Parterre-Zimmer, straßenwärts. Neue Meierstraße 31. **Ein Logis für einen jungen Mann.** Deponau 3. **C. Wustrow, Cöpper**, wohnt jetzt Gassenstraße 24. Eine gesunde kräftige Amme sucht zu sofort Stellung. Zu erfragen in der Expedition dieses Blattes.

Wohnungs-Veränderung. **W. Heitmann, Cöpper** jetzt Engelsgrube 57. **Gesucht ein Arbeitsbursche.** **H. Stamer's Brauerei**, Meierstr. 15/15 a. Gesucht zum 1. Oktober 1895 eine Parterre-Wohnung im Mar-Magd.-Quartier im Preise von 200 bis 230 Mark. Offerten mit S T G an die Expedition dieses Blattes.

Dampfer „Luba“ fährt von **Prahl's Badeanstalt** von Morgens 10 Uhr alle halbe Stunde zur Ausstellung.

Zum Treibelfest zu Gohmund am Sonntag den 30. Juni und Montag den 1. Juli d. J. laden freundlichst ein im Namen der Lübecker und Gohmunder Fischermeister **A. Schmoor, N. Heitmann**, Gastwirth, Aeltermann. Für gute Getränke, saure u. gebackene Male wird bestens gesorgt. **Zum rothen Löwen.** Donnerstag den 27. u. Sonntag d. 30. Juni: **Vogelschießen u. Ball.** Hierzu ladet ergebenst ein **C. Stage.**

Tivoli-Theater Dienstag, den 25. Juni 1895. **Englisch.** Lustspiel in 1 Akt von C. V. Görner **Ein toller Einfal** Schwan in 4 Akten von Carl Laufs. Anfang des Concerts 7 Uhr, der Vorstellung 7 1/2 Uhr.

Wilhelm-Theater Dienstag den 25. Juni: **Zwei glückliche Tag** Lustspiel in 4 Akten. Anfang 7 Uhr.

Fahrplan der Eisenbahn-Z Gültig vom 1. Mai 1895. **Lübeck-Hamburg.** Von Lübeck: 6,56, 8,15, 10,45, 1,05, 4,00, 7,55, 9,15. (9,55 Sonntags-Sonderzug) Travemünde vom 2. Juni bis 1. Sept. Von Hamburg: 7,24, 8,45. (9,10 Sonntags-Sonderzug nach Travemünde vom 2. Juni 1. Sept.) 10,25, 12,05, 1,45, 3,40, 5,40, 9,45, 11,20. **Lübeck-Büchen.** Von Lübeck: 8,24, 10,47, 1,32, 4,27. (10,06 vom 1. Juli an). Von Büchen: 6,36, 8,54, 12,30, 3,00. (6,26 1. Juli an) 7,06, 9,58. Von Rastenburg nach Lübeck: 7,09, 9,55, 3,51. (5,59 vom 1. Juli an) 7,43, 10,33. Von Mölln nach Lübeck: 6,57, 9,34, 12,53. (5,47 vom 1. Juli an) 7,31, 10,20. **Lübeck-Travemünde.** Von Lübeck: 6,20, 8,00, 10,12, 10,30*, 1,40, 5,00, 7,10, 9,25, 11,35*. Von Travemünde: 6,05, 7,30, 9,03, 11,25, 6,00, 8,05, 9,10*, 9,30, 10,30*. * Sonntags-Sonderzug bis 1. September. **Lübeck-Cuxin.** Von Lübeck: 7,40, 10,02, 2,45, 3,30, 6,00. (10,35 im Juli täglich, im August u. Sept. Mittwoch und Sonntags). Von Cuxin: 6,00, 9,07, 12,05, 4,15, 7,27. (11,45 im Juli täglich, im Aug. u. Sept. Mittwoch und Sonntags). **Mecklenburgische Friedrich-Transp.** Von Lübeck nach Kleinen: 7,38, 10,05, 12,51, 5,15, 8,28. Von Kleinen nach Lübeck: 8,57, 11,12, 6,44, 11,00. Von Schwerin nach Kleinen: 8,30, 10,48, 6,18, 10,25. Von Wismar nach Kleinen: 8,23, 10,40, 6,18, 9,25.

† Höchberg.

Am Freitag waren es zehn Jahre, seien wir im „Vorwärts“, daß Karl Höchberg, einer unserer idealsten und opferbereitesten Genossen, für immer die Augen geschlossen hat. Einer reichen Frankfurter Kaufmannsfamilie entsprossen, schloß sich der Verstorbenen schon im jugendlichen Alter der sozialdemokratischen Partei an, für welche er, bis kurze Zeit vor seinem Tode, geistig und materiell in aufopferndster Weise thätig war, dabei es aber immer ängstlich meidend, irgendwie an die Öffentlichkeit zu treten, oder nach einer führenden Stellung zu streben.

Karl Höchberg, den nur sein hochentwickelter Gerechtigkeitsfinn in die Reihen unserer Partei geführt hat, er glaubte an die Möglichkeit, durch Belehrung und den Appell an das Gerechtigkeitsgefühl namhafte Kreise der herrschenden Klassen für den Sozialismus gewinnen zu können. In diesem Bestreben, in den Kreisen der Gebildeten Propaganda für den Sozialismus zu machen, förderte Höchberg bereits vor dem Inkrafttreten des Sozialistengesetzes auf das Eifrigste das Projekt einer wissenschaftlichen Zeitschrift. Als dieselbe in Gestalt der „Zukunft“ 1877 erschien, trug Höchberg die Einführungskosten für das Unternehmen, wie er demselben auch bis zum sozialistengesetzlichen Verbot seine ganze Arbeitskraft widmete.

Später unter dem Sozialistengesetz verfolgte der Verstorbene den gleichen Zweck einmal durch die im Frühjahr 1879 an einem Tage erfolgte Verendung von 10000 Exemplaren von Schäffles „Quintessenz des Sozialismus“ an Lehrer, Ärzte, Juristen u. s. w. und dann auch durch die Herausgabe des „Jahrbuch für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik“, „Staatwirtschaftliche Abhandlungen“ und die „Wirtschaftspolitische Korrespondenz.“

Aber über diese Versuche, in den Kreisen der Gebildeten für den Sozialismus zu wirken, vergaß Höchberg nicht die Agitation unter den Proletariern. Höchberg hatte die Mittel zur Einrichtung der Assoziations-Buchdruckerei gegeben, in der die „Berliner Freie Presse“ und später die „Zukunft“ hergestellt wurde.

Als aber in Folge des Schandgesetzes vom Oktober 1878 das Erscheinen eines sozialdemokratischen Partei-Blattes in Deutschland unmöglich gemacht war, beteiligte sich H. an der Gründung des „Sozialdemokrat“, dessen Defizit er tragen half, so lange unser sozialistengesetzliches Zentral-Organ ein solches machte. Höchberg stellte auch die Mittel zur Verfügung, um die Agitationsreise Frißche-Biereck nach Amerika zu ermöglichen. Alle diese Opfer und noch viel mehr wurden von Höchberg in der uneigennützigsten Weise gebracht, ohne jemals auch nur den Versuch einer maßgebenden persönlichen Einwirkung, sei es auf die Gesamtpartei oder auf einzelne Institute derselben zu machen.

Noch jung an Jahren — Höchberg war 1853 geboren, er ist also nur 32 Jahre alt geworden — wurde derselbe das Opfer einer tödtlichen Krankheit, nämlich der Schwindsucht, welche ihn schon während der letzten Jahre seines Lebens gequält hatte, sich mehr und mehr zu schonen und jeder aufreibenden Thätigkeit ferne zu bleiben.

Bel-Ami.

Roman von Guy de Maupassant.

(19. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

„Wieviel bin ich Dir dann schuldig?“

„Nicht doch, nicht doch, mein Herz. Das geht Dich gar nichts weiter an. Laß mir doch das unschuldige Vergnügen.“

Er that so, als sei er böse darüber. „Nein, das geht wirklich nicht. Das erlaube ich nicht.“

Nun kam sie bittend dicht heran und legte die Hände auf seine Achseln: „Bitte, bitte, lieber Georg, es macht mir so viel Vergnügen, das kleine Nest ganz allein gefunden zu haben. Sag', daß Du nicht böse bist, lieber, lieber Georg.“

Er ließ sich bitten, zog ein böses Gesicht, wollte nichts davon wissen, gab aber dann nach und fand es im Grunde sehr richtig, daß sie bezahlte.

Als sie fort war, rieb er sich die Hände und murmelte, ohne in die Falten seines Herzens zu spähen woher ihm die Worte kamen;

„Sie ist doch sehr nett!“

Einige Tage später empfing er ein zweites Telegramm, das lautete: „Mein Mann kommt heute Abend nach sechswochentlicher Inspektionsreise zurück. Wir haben also acht Tage Ferien. Wie dumm! Deine Mo.“

Duroy war auf's äußerste überrascht. Er hatte wirklich gar nicht mehr daran gedacht, daß sie verheiratet war. Und nun war ein Gatte da, dessen Kopf er übrigens doch einmal sehen wollte, um ihn kennen zu lernen.

Dennoch wartete er geduldig auf die Abreise des

Die deutschen Proletarier aber werden dem frühe Dahingeshiedenen ein treues Andenken bewahren und nicht vergessen, daß in den schlimmsten Perioden der Sozialistenvorfolgung unter dem Schandgesetze, Karl Höchberg immer am Platze war, wo es galt, mit geistigen und materiellen Mitteln unsere Position zu verteidigen oder zum Angriff auf den Gegner überzugehen.

Chre seinem Andenken!

Gouverneur John B. Altgeld über den Kohlen- gräber- und Eisenbahnarbeiterstreik.

II.

Um die Bedeutung gewisser Vorkommnisse in Chicago zu verstehen, muß man die Zeit, wann sie eintraten, in Betracht ziehen.

Es ist zu beachten, daß nach dem Bericht des Feuer-Departements der Aufruhr erst am 6. Juli bedeutliche Ausdehnung erlangte. Da behauptet worden ist, daß das Eingreifen der Bundesregierung durch Anstellung eines Specialanwalts, um dieselbe beim Streik in Chicago zu repräsentieren und die darauffolgende Entsendung von Truppen größtentheils zu dem Zwecke geschehen sei, um die Post zu beschützen und ihre Beförderung zu ermöglichen, so mache ich auf Folgendes aufmerksam: Am 30. Juni fandte der Superintendent des Bahnpostdienstes zu Chicago folgende Depesche nach Washington:

„Eine Anhäufung und Stauung von Postfachen hat soweit in Chicago noch nicht stattgefunden. Sämtliche reguläre Postzüge laufen mit wenigen, unbedeutenden Ausnahmen in der regelmäßigen Zeit.“

Trotzdem wurde schon am nächsten Morgen, bevor irgend etwas Neues sich zugetragen hatte, Herr Walker, ein hervorragender Anwalt für Korporationen, von Herrn Olney, dem Bundesgeneralanwalt, als Specialanwalt zur Vertretung der Bundesregierung ernannt. Erst nachher, als die Lage sich verschlimmerte, gab es etwas Schwierigkeit, die Post aus und nach Chicago zu befördern; indessen entfalteten die Postbeamten eine solche Vorsicht und Thätigkeit, daß die Verzögerung zu keiner Zeit bedeutend wurde. Der Superintendent des Bahnpostdienstes selbst, dem die Pflicht oblag, die Post nach Chicago zu bringen und die Weiterbeförderung zu bewerkstelligen, hat kürzlich erklärt, daß, obgleich während mehrerer Tage Störungen und Verzögerungen vorkamen —

„Mit Ausnahme von einigen Zügen, die in Hammond, Ind., in Washington Heights, in Danville und Cairo, Ill., festgehalten wurden, die längste Verzögerung für ankommende und abfahrende Postzüge zu keiner Zeit über 8—9 Stunden betragen haben dürfte.“

Welche Verzögerungen und Störungen auch an anderen Orten stattgefunden haben mögen, sicher ist es, daß im Chicagoer Postdienst nichts vorgefallen, was das Einschreiten der Bundesregierung erforderte. Thatsächlich haben es sich die Streiker zur Aufgabe gemacht, Postzüge nicht zu belästigen, sondern nur die Pullmannschen Schlafwagen fernzuhalten, und in vielen Fällen außerhalb Chicago geschah es nur deshalb, daß Postzüge zurückgehalten wurden, weil die Ausständigen einen Schlafwagen Pullmanns beseitigt hatten und die Bahnbeamten sich nunmehr direkt weigerten, einen Zug ab-

gehen zu lassen, ohne daß der Pullmannsche Schlafwagen wieder mitging.

Am 2. Juli, also einen Tag nach Anstellung eines besondern Bundesanwalts und bevor noch irgend ein nennenswerthe Eigenthumszerstörung stattgefunden, hatten die Bundesstruppen in Fort Sheridan bereits Befehl, sich jeden Augenblick marschbereit nach Chicago zu halten. Einige Tage vorher hatten die Betriebsleiter sämtlicher nach Chicago laufender Bahnen einen Bund zur Bekämpfung des Streiks geschlossen und waren in tägliche Konferenzen getreten. Um 6 Uhr Nachmittags am 2. Juli, nachdem die Truppen in Fort Sheridan Befehl zur Marschbereitschaft erhalten hatten, gaben die Betriebsleiter der verschiedenen Bahnen einen Specialbericht über die Verhältnisse ihrer Linien aus, der folgendermaßen lautete:

Wisconsin: Central. — Sämtliche Personen- und Güterzüge laufen und der Betrieb vollzieht sich wieder unter normalen Verhältnissen.

Chicago und Northern Pacific. — Die Suburbahnzüge laufen alle fast ganz regelmäßig. Die Frachtzüge von und zu den Nachbarstädten sind eingestellt, aus Furcht, sie möchten von Loafers mit Steinen bombardirt werden.

Chicago, Burlington und Quincy. — 37 Carladungen Rindfleisch von Kansas City, welche gestern Morgen von Kansas City abgingen, sind ohne Störung über diese Linie gelaufen und heute Nachmittag am örtlichen Bahnhof abgeliefert worden. Der Verkehr ist jetzt in Ordnung.

Chicago, Milwaukee und St. Paul. — Sämtliche Passagierzüge sind rechtzeitig angekommen und abgegangen. Hier wird keine Fracht befördert, an anderen Bahnpunkten ist die Beförderung in Ordnung.

Chicago-Northwestern. — Die ganze Transitbeförderung von Passagieren ist ohne Unterbrechung fortgesetzt worden. Der Verkehr mit Nachbarorten ist während der Nacht thatsächlich suspendirt. Zur Frachtbeförderung war kein Versuch gemacht.

Lake-Shore u. Michigan Southern. — Keine Verkehrsunterbrechung; sowohl Personen- wie Frachtzüge sind, wie sonst, angekommen und abgegangen.

Baltimore u. Ohio. — Sämtliche Personenzüge mit Besatzung sind ohne Störung gelaufen und halten die Zeit beinahe vollkommen ein.

Chicago u. Great Western. — Die Personenzüge laufen wie gewöhnlich und mit den regulären Pullmann-Wagen. Der Frachtverkehr ist auf der Chicagoer Linie wieder theilweise aufgenommen.

Chicago u. Erie. — Alle Personenzüge gehen richtig ab. Güterbeförderung wird nicht versucht. In Marion, Ohio, gab es Schwierigkeiten.

Am 3. Juli, Vormittags 10 Uhr, fand zwischen dem Special-Anwalt der Vereinigten Staaten, dem Bundes-Distriktsanwalt und mehreren Anderen eine Berathung statt, in welcher beschlossen wurde, die Zusendung von Bundesstruppen zu verlangen und es wurde vom Specialanwalt der Regierung eine entsprechende Depesche aufgeschickt und an den Generalanwalt in Washington abgehandelt. Und schon am Nachmittag dieses Tages wurden Bundesstruppen von Fort Sheridan nach Chicago beordert

Gemahls. In der Zwischenzeit war er zweimal in den Folies-Bergère, wo er Rachel traf.

Eines Vormittags empfing er dann ein neues Telegramm, das nur vier Worte enthielt:

„Heut um fünf. Mo.“

Vor der festgesetzten Zeit trafen sie sich in der Rue de Constantinople.

„Wenn Du willst, kannst Du mich heut irgend wohin zum Diner führen,“ sagte Klothilde. „Ich habe mich frei gemacht.“

Es war gerade Monatsanfang, und Duroy hatte, obwohl er sein Gehalt schon auf lange im voraus hatte und von Tag zu Tag von geborgten Summen leben mußte, die er von allen Seiten auftrieb, Geld in der Tasche. Deshalb war es ihm recht, einmal Gelegenheit zu haben, für sie etwas auszugeben.

„Gewiß, mein Herz, wohin Du willst!“ erwiderte er. Um sieben gingen sie den äußeren Boulevard entlang. Sie lehnte sich fest an seinen Arm und flüsterte: „Wie gern gehe ich so mit Dir.“

„Wollen wir zu Bathuile?“ fragte er. „Ach nein, da ist es kein,“ erwiderte sie. „Ich möchte am liebsten mal in so eine lustige, gewöhnliche Kneipe, wo Commis und Arbeiterinnen verkehren. Ich liebe solche Bummelfahrten. Ach, wenn wir doch mal eine Landpartie machen könnten!“

Da er im Viertel nichts Derartiges kannte, irrten sie den Boulevard entlang und geriethen schließlich in eine Weinstube, wo es in einem besonderen Raume auch Essen gab. Sie hatte durch die Fensterscheiben hindurch zwei Mädchen ohne Hut entdeckt, die zwei Soldaten gegenüber saßen.

Drei Droschkentritscher speisten im Hintergrund des langen, schmalen Raumes, und ein Mensch von unbe-

stimmtem Beruf lag mit ausgestreckten Beinen, die Hände im Hofenbund und den Kopf weit nach hinten über die Lehne hängend auf einem Stuhle und rauchte seine Pfeife. Sein Jackett schien ein wahres Museum von Schmutz- und Flecken zu sein und in den wie Bäuche angeschwollenen Taschen wurde der Hals einer Flasche, ein Stück Brot, ein in Zeitungspapier gehülltes Packet und ein heraushängendes Ende Bindfaden sichtbar. Seine Haare saßen in dichten unordentlichen Locken um seinen Kopf herum und waren grau vor Unsauberkeit; seine Mütze lag unter dem Stuhle auf der Erde.

Der Eintritt Klothildes erregte wegen der Feinheit ihrer Kleidung Aufsehen. Die beiden Paare hörten auf zu flüstern, die Droschkentritscher zu debattieren, und der rauchende Gast nahm seine Pfeife aus dem Munde, spuckte aus, drehte den Kopf ein wenig herum und sah sie an.

„Sehr hübsch hier“, flüsterte Frau von Marelle, „hier sind wir gut aufgehoben; nächstes Mal verkleide ich mich aber als Arbeiterin.“ Und ohne Verlegenheit und Gel setzte sie sich an einen Tisch, dessen Platte von Speisefett glänzte, von vergossenen Getränken angefeuchtet war, und über den nun der Kellner einmal mit der Serviette hinfuhr, um ihn abzuwischen.

Sie aßen ein Hammelragout, ein Scheibchen Hammelkeule und Salat dazu. „Hier gefällt es mir,“ wiederholte Klothilde. „Ich habe so gemeinen Geschmack. Hier amüsiere ich mich besser als im Cafe Anglais.“ „Wenn Du mir einen besonderen Gefallen thun willst,“ fuhr sie dann fort, „so fähr' mich in einen Tanzbun. Ich kenne einen sehr ulkigen hier in der Nähe; „Die weiße Königin“ heißt er.“

„Wer hat Dich denn dorthin geführt?“ fragte Duroy überrascht.

und am Abend kamen sie daselbst an und traten in aller Form in Dienst.

Bis zu diesem Zeitpunkt hatte Niemand an die Staatsbehörden ein Gesuch um Beistand zur Aufrechterhaltung der Ordnung in Chicago gerichtet. Die Lokalbehörden wurden ganz sowie die Staatsregierung vollständig ignoriert und keine war gefragt worden, ob sie der Durchführung der Gesetze gewachsen sei oder nicht.

Soziales und Partei-Leben.

Die Berliner Tabakarbeiter agitieren ebenfalls für Errichtung von Betriebswerkstätten. Sie werden petitionieren, daß die Hausindustrie der Aufsicht der Fabrikinspektoren unterstellt werde. Von 64 000 deutschen Tabakarbeitern sind 49 000 weibliche Arbeiterkräfte. Die Altersversicherung ist für Tabakarbeiter ziemlich werthlos, weil nur zwei Prozent das erforderliche Alter erreichen.

Wegen Beleidigung von Vorgesetzten des deutschen Heeres kam der Redakteur des „Sozialdemokrat“, Reichstagsabgeordneter Gen. Schippel vor die Berliner Strafkammer. Der Kriegsminister hatte wegen eines Artikels „Sozialdemokratie und Kasernenagitation“ den Strafantrag gestellt. Schippel führte an der Hand zahlreicher Strafrechtslehrer aus, daß der Strafantrag des Kriegsministers v. Schellendorff unzulässig sei. Es gebe keine Vorgesetzten der deutschen Armee, sondern nur Vorgesetzte der einzelnen Kontingente, und nur der Reichskanzler wäre berechtigt gewesen, den Strafantrag zu stellen. — Der Gerichtshof hielt die formalen Bedenken gegen den Strafantrag für unzutreffend und im Uebrigen den Angeklagten des Vergehens gegen § 185 für schuldig. Unter Ablehnung des Schutzes des § 193 verurtheilte der Gerichtshof den Angeklagten zu 2 Monaten Gefängniß.

Aus Nah und Fern.

Wegen Demonstration gegen eine Bismarckbrunnung sind kürzlich zwei Sozialdemokraten in Havelberg auf Grund des Groben-Unfug-Paragrafen zu sechs Wochen Haft verurtheilt worden. Sie hatten während des Umzuges der Bismarckbrunnung mit einem rothen Tuche geschwenkt. Der Anwalt beantragte eine Woche Haft. Das Gericht hielt jedoch die Strafe nicht für angemessen, sondern erkannte auf 6 Wochen Haft. Ganz besonders wurde von dem Vorsitzenden betont, daß die Strafe deshalb so hoch zu bemessen sei, weil die Angeklagten einer gewissen Partei angehörten und gegen die Feier eines um den Staat hochverdienten Mannes demonstriert hätten. Gegen das „Urtheil“ wurde natürlich Berufung eingelegt.

Preppolemik mit Pistolen. „Wenn die Gründe fehlen, fährt mit dem Pistol dazwischen“, dies scheint der Grundsatz bei den Konservativen werden zu wollen. Wenigstens läßt die folgende Meldung der „Voss. Ztg.“ aus Köslin darauf schließen: Nach Meldung der „Kösl. Ztg.“ hat der Redakteur der konservativen „Kolb. Volks-Ztg.“ Göbel, dem Reichstags-Abgeordneten Dr. Pachnide eine Forderung auf Pistolen zugesandt, weil dieser einige von der „Kolb. Volks-Ztg.“ gebrachte Artikel über die Reichstagswahl überaus scharf kritisiert hatte und sich zu einer Zurücknahme seiner Äußerungen nicht verstehen wollte. Die Antwort Dr. Pachnides stehe noch aus.

Er blickte sie an und sah, wie sie ein wenig verwirrt und roth wurde, als wenn diese plötzliche Frage in ihr eine zarte Erinnerung geweckt hätte. Nach einer jener weiblichen Pausen, die so kurz sind, daß man sie ahnen muß, erwiderte sie: „Ein Freund war es . . .“ Nach einer Sekunde fügte sie hinzu: „ . . . der jetzt todt ist.“ Und sie senkte die Augen in recht natürlicher Traurigkeit.

Zum erstenmal dachte Duroy an all das, was ihm von der Vergangenheit seiner Geliebten unbekannt war, und versank in Brüten. Gewiß hatte sie schon vor ihm einen Geliebten gehabt, aber von welcher Art, aus welchen Kreisen? Eine unbestimmte Eifersucht, eine Art Feindschaft um all das, was er nicht von ihrem Leben wußte, was ihm von ihrem Herzen und ihrer Vergangenheit noch unklar geblieben war. Er blickte sie an, und das Geheimniß reizte ihn, das sich hinter diesem hübschen, stummen Köpchen barg, das in diesem Augenblick vielleicht von einem anderen oder von anderen Männern sogar schmerzlich träume. Wie gern hätte er in ihren rückblickenden Gedanken gelesen, darin herumgestöbert, um alles zu wissen, alles zu kennen . . .

„Willst Du mich in die „Weiße Königin“ führen?“ fragte sie wieder, „dann wäre der schöne Tag heute vollständig.“

„Ach was!“ dachte er, „was kümmert mich ihre Vergangenheit. Ich wäre dumm, wenn ich mir deswegen Kopfschmerzen machte.“ Und lächelnd erwiderte er: „Gewiß, gewiß, mein Schatz.“

Als sie auf der Straße waren, sagte sie leise in dem geheimnißvollen Ton, in dem Bekennnisse abgelegt werden: „Bis jetzt wagte ich nicht, Dich darum zu bitten, Du launst Dir aber gar nicht vorstellen, wie ich solche Reisen durch alle die Orte, wohin wir Damen sonst nicht kommen, liebe. Während des Karnevals verkleide ich mich als Student. Als Corpsbruder sah ich sehr gelungen aus.“

Als sie in den Ballsalon eintraten, schmiegte sie sich furchtbar und doch zufrieden dicht an ihn und musterte

Neiffe. Aus dem Alexianer-Prozess macht die „Reiff-Presse“ eine interessante Feststellung. Unter den Zeugen war auch ein aus Bischofswalde im Kreise Neiffe gebürtiger Klosterbruder der Alexianer-Anstalt. Dieser Klosterbruder nun, dessen bürgerlicher Name Bernhard F. ist, war nach Angabe der „Reiff-Presse“, der wir die Berantwortung dafür überlassen müssen, ehemals seines Reichens Kaufmann und hat sich in dieser Lebensstellung in Breslau diverse Schwindeleien zu Schulden kommen lassen, wegen deren er aus seiner Heimathprovinz fliehen mußte. Die königliche Staatsanwaltschaft hat nach seinem Verschwinden einen Steckbrief hinter ihm erlassen, der aber ohne Erfolg blieb. Man vermutete allgemein, daß F. in das Ausland geflohen und dort längst gestorben sei. Jetzt taucht der Todtgelaubte zum allgemeinen Erstaunen seiner Bischofswalder Landsleute als Klosterbruder in Nachen wieder auf.

Kulturträger. Gelegentlich der in Dortmund abgehaltenen Versammlung der Märk. Missions-Gesellschaft hielt der Missionsinspektor Schreiber aus Warmen einen Vortrag über die Verhältnisse in Deutsch-Südwest-Afrika, wobei erwähnt wurde, daß der frühere Landeshauptmann Major v. Francois, dessen Thätigkeit einer sehr abfälligen Kritik unterworfen wurde, von seiner Station aus in Berlin angefragt habe, ob er sich mit Missionaren duelliren dürfe. — Jetzt fehlt nur noch, daß die Alexianer-Donche und die schmutzige Station als Kulturmittel nach Afrika eingeführt wird, und die Kolonien stehen auf der Höhe des Mutterlandes.

Der Anarchistenprozess gegen 10 Mitglieder des anarchistisch-kommunistischen Klubs in Halle a/S. wegen Theilnahme an einer geheimen Verbindung beschäftigte das Reichsgericht in der Revisionsinstanz. Das Landesgericht in Halle hatte auf Gefängnißstrafen von einer Woche bis zu fünf Monaten erkannt. Die Verurtheilten legten hiergegen Revision ein, die jedoch vom Reichsgericht verworfen wurde.

Zwei Mal beerdigt und zwei Mal eingeseget wurde am Sonntag auf dem Kirchhof in Karlsruhe ein im Krankenhaus verstorbenen Bierbrauer. Das Beerdigungspersonal hat die Leiche verwechselt. Da sie erstmals katholisch eingeseget worden war, bestanden die wenige Minuten nach der Beerdigung erschienenen Angehörigen, die protestantischen Glaubens waren, auf Ausgrabung, Neubeerdigung und Einsegnung durch den mitgebrachten evangelischen Geistlichen. Dem Wunsche wurde entsprochen.

Aus der Kaserne. Aus dem lothringischen Städtchen Wörchingen wird geschrieben: In der vergangenen Woche wurde plötzlich ein Unteroffizier der hiesigen Garnison todsüchtig, sodaß er in eine Irrenanstalt gebracht werden mußte. Am 13. Juni ertrank ein anderer Unteroffizier im Muscher Weiher und am Abend desselben Tages schnitt ein Gemeiner im Kasernenzimmer einem jüngeren Soldaten den Hals ab. Der Mörder war angetrunken von einem Urlaub zurückgekehrt und forderte Nachts 11 Uhr seinen Stabgenossen auf, ihm ein Glas Bier zu holen. Als dieser sich weigerte, ergriff er ein Messer und schnitt ihm die Kehle durch, sodaß der Tod sofort eintrat. Der Mörder wurde verhaftet.

Wien. Eine erwerbsmäßig betriebene fingirte Mutterschaft, ein in der Kriminalstatistik gewiß seltener Fall, beschäftigte am Dienstag das Landesgericht in Wien. Eine mit einem Arbeiter lebende Frauensperson wurde im Frühling dieses Jahres unter dem Verdachte des Kindesmordes verhaftet. Sie hatte angeblich schon fünf Kinder zur Welt gebracht, und

vergnügt die Diener und ihre Beschützer. Von Zeit zu Zeit aber sagte sie beim Anblick eines ersten, unbeweglich dastehenden Polizisten, als wollte sich gegen mögliche Gefahr schützen: „Der Polizist da sieht doch recht zuverlässig aus.“ Nach einer Viertelstunde hatte sie ihre Neugier befriedigt, und er brachte sie nach Hause.

Nun begann eine Reihe von Ausflügen nach allen anrühigen Pariser Lokalen. Duroy entdeckte bei seiner Geliebten eine leidenschaftliche Vorliebe für derartige Studentenummel.

In einem baumwollenen Kleide kam sie zum Stelldichein, ein Hütschen, wie Vorstadtoubretten es tragen, auf dem Kopfe. Trotz der gesuchten, eleganten Einfachheit ihrer Kleidung trug sie nach wie vor ihre Ringe, Armbänder und Brillantohrringe: Wenn er sie bat, sie dazu abzulegen, sagte sie als entschuldigenden Grund: „Ach, sie denken, es sind rheinische Kiesel.“

Sie hielt sich für ausgezeichnet verkleidet, während sie es in Wirklichkeit wie der Vogel Strauß machte, und besuchte mit Duroy die verrufensten Kneipen.

Auch Duroy sollte sich verkleiden, verlangte sie, er aber ließ sich nicht darauf ein, sondern ging wie ein richtiger Boulevardmensch gekleidet; selbst seinen Cylinder wollte er nicht gegen einen weichen Filzhut vertauschen.

Sie tröstete sich über seine Weigerung durch folgende Erwägung: „Sie denken, ich bin ein Kammermädchen, das ein Verhältniß mit einem jungen Mann aus guter Familie hat.“ Sie fand diese Komödie reizend.

So streiften sie durch die Kneipen und ließen sich auf wackligen Stühlen vor alten Holzischen mitten im dicksten Tabaksqualm nieder. Eine scharfe Rauchwolke, in die sich Speisendunst mischte, füllte den Saal; lärmende Männer tranken Schnaps, und der erstaunte Kellner musterte das sonderbare Paar, wenn er ihnen zwei Kirichen in Branntwein brachte.

Zitternd, furchtbar und doch glücklich nippte sie an dem Fruchtsaft und sah dabei unruhig mit blühenden Augen um sich. Bei jeder Kirche, die sie verzehrte,

thatsächlich haben die betheiligte gewesen Hebammen als Identitätszeuginnen die neugeborenen Kinder zur Taufe getragen. Nun stellt sich heraus, daß die Frauensperson jedes Mal eine Komödie gespielt hat. Die Sachverständigen, darunter auch der namhafte Gynäkologe Professor Chrobak, gaben an, daß die Person überhaupt noch niemals geboren habe. Woher die unterschobenen Kinder stammen, hat die Polizei feltfamer Weise nicht feststellen können. Die Hebammen, die in Deutschland als Verbrecherinnen bestraft worden wären, gingen frei aus, da kein österreichisches Gesetz auf ihren Fall anzuwenden war. Das saubere Bärchen aber, dem die feltfame Komödie erwiesener Maßen viel Geld eingebracht hat, wurde wegen Betrugs verurtheilt.

Auch ein Rufname. Im oberpfälzischen Markt Flecken Kohlsberg wollte ein Volksschullehrer eines neu zugezogenen A-B-G-Schülers Vorname wissen und fragte ihn deshalb, wie seine Mutter ihn rufe, wenn er auf der Gasse wäre und heim solle. Flugs gab das Knäblein zur Antwort: „Ob's einer geht, Du Loubaveich, Du misrabels!“

Zwei bemerkenswerthe Fälle von Hermaphroditismus (Zwitterbildung) wurden nach der „Münchener Allgem. Ztg.“ im April der Pariser Akademie der Wissenschaften in zwei jugendlichen Individuen vorgestellt, die das eigenthümliche Schicksal gehabt hatten, lange Jahre hindurch hinsichtlich ihres Geschlechtes verkannt worden zu sein. Der Chirurg Dr. Péan führte am 4. April ein junges Mädchen von etwa 15 Jahren vor, welches ursprünglich als Mädchen in das standesamtliche Register eingetragen, mit 12 Jahren jedoch, da sich Bartwuchs, Veränderung der Stimme und andere dem männlichen Geschlecht eigenthümliche Erscheinungen einstellten, auf Veranlassung des Hausarztes von mehreren medizinischen Autoritäten in Paris untersucht und für einen Knaben erklärt worden war. Nachdem der „Knabe“ längere Zeit Diener bei einem Arzt gewesen war, mußte er wegen verschiedener Krankheitserscheinungen im Unterleib in die Klinik des Dr. Péan gebracht werden, wo durch die nothwendig gewordene Operation nicht nur seine Gesundheit völlig wiederhergestellt, sondern zugleich festgestellt wurde, daß der angebliche Knabe doch zum weiblichen Geschlecht zu zählen sei. — Das Gegenstück dazu erschien vor der Akademie am 9. April in der Person eines dreijährigen Mannes, der bis vor Kurzem als Mädchen galt und als Kellnerin in einem Restaurant thätig war.

Die amerikanischen Richter langweilen sich wahrhaftig nicht bei ihrem Berufe. Vor dem New-Yorker Polizeigericht war jüngst der Direktor des dortigen Casinos wegen Störung der öffentlichen Sitte angeklagt, weil er in seinem Etablissement stadtbekannte Schönheiten in allzu durchsichtigen Kostümen als „lebende Bilder“ auftreten ließ. Der Direktor führte den gestrengen Richtern, um dieselben von der Grundlosigkeit der Anklage zu überzeugen, seinen Star, Miß Bessie Stanton, in ihrer Hauptrolle als Phryne in demselben Aufzuge, in dem sie aufzutreten pflegte, vor. Die Hüter der Sittlichkeit in New-York unterzogen die schöne Phryne in einem abgesonderten Raume einer genauen offiziellen Beschau, und gelangten zu der Erkenntniß, daß so viel Schönheit nicht enttöndlich wirken könne, selbst wenn es noch so sehr an Umhüllung mangle. Demgemäß fällten sie ein freisprechendes Erkenntniß.

hatte sie die Empfindung, als beging sie eine Sünde, bei jedem Branntweintropfen, der ihr brennend und gepfeffert durch die Kehle rann, fühlte sie bitteres Vergnügen und die Freude, die verbotene Frucht des Verbrechens zu genießen.

Halblaut sagte sie dann: „Gehen wir jetzt.“ Und sie gingen. Mit gesenktem Kopfe und abgemessenem Schritt ging sie wie eine abtretende Schauspielerin durch die Reihen der Trinker hindurch, die die Ellenbogen aufgestemmt ihr mißtrauisch und ärgerlich nachsahen. Hatte sie die Thür erreicht, so stieß sie einen tiefen Seufzer aus, als wenn sie eben einer schrecklichen Gefahr entgangen wäre.

„Was würdest Du thun,“ fragte sie zuweilen zusammenschauernd, „wenn mir einer zu nahe träte?“

„Ich würde Dich natürlich beschützen,“ versicherte er kühn.

Glücklich drückte sie seinen Arm; der unbestimmte Wunsch krieg vielleicht dabei in ihr auf, beleidigt zu werden, Leute, selbst solche Leute wie diese sich ihretwegen mit ihrem Geliebten prügeln zu sehen.

(Fortsetzung folgt.)

Litterarisches.

Der Sozialdemokrat, Central-Wochenblatt der sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Expedition in Berlin SW., Denth-Strasse 3).

Die Nr. 25 vom 20. Juni hat folgenden Inhalt: Wochenschau. — Die „Kreuz-Zeitung“ und das allgemeine Wahlrecht. — Wahlnachträge aus Italien. — Aus Rommen. — Die Sittlichkeit auf dem Lande. — Parteinachrichten. — Todtenliste. — Litteratur.

Polizei und preussische Eisenbahn-Verwaltung. — Paragraph 130. — Die Landtagswahlen in Sachsen. — Reichthum und Armut in England. — Ueber die Lage der Fiegelarbeiter in Lemberg Galizien. — Einiges aus der Handschuhbranche. — Zwei Geister. — Der Nordostsee-Kanal. — Arbeiter-Organisationen. — Parteinachrichten. — Wie man uns behandelt. — Vermischtes. — Berzeichniß der französischen Parteipresse.